

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 04

ÄGYPTEN

Regime inhaftiert
Medienschaffende, um
Kritik zu unterdrücken

STAATSSCHULDEN

Laut Weltbank nehmen
Finanzprobleme in vielen
Ländern zu

PLASTIKMÜLL

UN-Fortschritt in
Richtung globaler
Umweltschutz



Alltagsrisiken

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Wie sich Alltagsrisiken entschärfen lassen

Magazin

- 4 **INTERVIEW MIT VLADIMIR ANTWI-DANSO**
Globale Trends, Russland und Staatsstreich in Westafrika
- 6 **RABSON KONDOWE**
Malawi braucht dringend ein Programm zur Wiederaufforstung
- 7 **SOFIAN PHILIP NACEUR**
Ägyptens Regime geht gegen kritische Medienschaffende vor
- 9 **ROLI MAHAJAN**
Die Weltbank sieht Schuldenprobleme international zunehmen
- 10 **CLAUDIA ISABEL RITTEL**
Der Krieg in der Ukraine bedroht Ernährungssicherheit
- 13 **FARAI SHAWN MATIASHE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Saatgutlager gegen Ernteausfälle in Simbabwe

Debatte

- 14 **MONA NAGGAR**
Die EU behandelt nicht alle Flüchtlinge gleich
- 15 **IMME SCHOLZ**
Die internationale Isolation Russlands ist nicht gleichzusetzen mit breiter Unterstützung für den Westen

- 16 **RABSON KONDOWE**
Die UN will mit einem neuen Abkommen Plastikmüll international bekämpfen

Schwerpunkt: Alltagsrisiken

- 19 **BENJAMIN M. KAGINA**
Auf Impfkampagnen in Afrika hatte die Corona-Pandemie sowohl positive als auch negative Auswirkungen
- 22 **MARKUS LOEWE**
Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, braucht es bessere soziale Sicherung
- 24 **BEN EZEAMALU**
Die schlechte Verkehrssicherheit in vielen afrikanischen Ländern beeinträchtigt auch deren Wettbewerbsfähigkeit
- 26 **DIRK REINHARD**
Immer mehr Regierungen erkennen die Bedeutung von Versicherungen für nachhaltiges Wirtschaften
- 28 **RUKAMANEE MAHARJAN**
Schnelles und kaum geplantes Städtewachstum führt in Nepal zu geringer Gebäudesicherheit
- 30 **THUANY RODRIGUES**
Kriminalität befördert in Brasiliens Metropolen den Bau abgeschotteter Wohnkomplexe
- 32 **MONIKA HELLSTERN**
Fachliteratur: Weltrisikobericht empfiehlt Fonds zur sozialen Absicherung für Entwicklungsländer

SCHWERPUNKT


Alltagsrisiken

Die Gesellschaften der Länder mit hohem Einkommen sind so organisiert, dass Risiken minimiert und abgedeckt werden. Die hohe Kaufkraft hilft dabei, aber noch wichtiger sind starke Institutionen. Sie erleichtern das dynamische Zusammenspiel von Staat, Privatwirtschaft, Wissenschaft und anderen Bereichen. Wo private Versicherungen mit staatlicher Absicherung verzahnt sind, leben Menschen sicherer und kommen besser durch Krisen. Andererseits kann das Leben extrem gefährlich sein, wenn kluge Regulierung fehlt (ab Seite 18).

Titelseite: Baustelle in der nepalesischen Stadt Bhaktapur.
Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Amit Machamasi





 **Wo keine staatlichen Regeln greifen, leben Menschen gefährlich. Unser Schwerpunkt zum Thema Alltagsrisiken beginnt auf Seite 18. Er hat Bezüge zu allen UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals).**

der längst nicht mehr wild war, sondern alle Vorzüge funktionaler Differenzierung bot, die Unternehmensgründern helfen: solide Infrastruktur, Rechtssicherheit, qualifizierte Arbeitskräfte, gute Schulen und Universitäten et cetera.

Kein Land, das im Human Development Index hoch oben steht, entspricht libertären Vorstellungen. Westliche Demokratien wären heute in einem besseren Zustand, wenn mehr auf das Gemeinwohl geachtet worden wäre. Manche tun immer noch so, als sei Klimaschutz die Wirtschaft strangulierender Sozialismus. Nachhaltige Entwicklung erfordert neben Märkten und Unternehmen viele andere Institutionen.

Unsere Sicherheit und Widerstandskraft hängen von der richtigen Balance ab. In Zeiten wachsender globaler Risiken brauchen wir zudem auch globale Lösungen. Mehr noch als im nationalen Kontext hängt Erfolg von Expertise, fakten-basierter Debatte und Kompromissbereitschaft ab, und nicht von starken Führern, die ihre Sicht unbedingt durchsetzen wollen.

Die nötige Balance

In Ländern mit hohem Einkommen ist das Leben besonders sicher. Kaufkraft hilft – aber der Hauptgrund ist, dass diese Gesellschaften so organisiert sind, dass sie Risiken reduzieren und managen. Jedes erfolgreiche Land ist besonders, aber ihnen gemein ist das dynamische Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Recht und anderen Funktionssystemen. Soziologen sprechen von funktionaler Differenzierung. Wichtig sind sowohl private als auch staatliche Institutionen.

Märkte schaffen Wohlstand, lassen aber auch viele Menschen im Stich. Unfaire Geschäftspraktiken werden deshalb verboten, und staatlich finanzierte soziale Sicherung schützt vor extremer Not. Umwelt- und Arbeitsrecht beugen Schäden vor. Staat und Markt wirken oft zusammen, etwa wenn für die Anmeldung eines Autos der Abschluss einer Haftpflichtversicherung nötig ist, so dass mögliche Unfallschäden garantiert gedeckt werden.

Infrastruktur ist wichtig. Baurecht und Stadtentwicklungspläne tragen dazu bei, dass Menschen ein Zuhause mit lebenswichtigen Annehmlichkeiten finden. Ob trinkbar ist, was aus dem Wasserhahn kommt, ist wichtig. Weniger wichtig ist, ob der Versorger privat oder staatlich ist. Jedenfalls hängt Erfolg davon ab, dass die betroffenen Menschen Rechte haben und Gehör finden.

Marktradikale Libertäre halten die Gesellschaft für einen Dschungel, in dem alle ihre individuellen Vorteile maximieren. In ihren Augen bedeutet Freiheit die Abwesenheit von Steuern und staatlichen Vorgaben. Sie meinen, allen stehe jeweils das zu, was sie bezahlen könnten, und folglich müsse auch ohne Einschränkungen Geld verdient werden dürfen. Die höchsten Einkommen hätten dann die wertvollsten Führungspersönlichkeiten, denen dann niemand irgendwie reinreden dürfe.

Der menschlichen Natur entspricht das nicht. Wir hängen von unseren Gemeinschaften ab und werden von ihnen geprägt. Je bedrohlicher die Umwelt ist, desto wichtiger wird Solidarität. Indigene Urwaldvölker haben meist einen ausgeprägten Gemeinschaftssinn, aber keine Vorstellung von individuellem Unternehmertum.

Wo große Ungleichheit Gesellschaften spaltet, wird Kriminalität wahrscheinlicher – auch in gewalttätiger Ausprägung. Nicht zuletzt dank guter öffentlicher Gesundheits- und Bildungswesen sind skandinavische Gesellschaften weniger ungleich als die USA, wo der Mythos des einsamen Wildwesthelden besonders virulent ist.

Silicon-Valley-Oligarchen neigen zu libertärem Denken. Sie sollten es eigentlich besser wissen. Ihr Innovationszentrum entstand in einem amerikanischen Westen,



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und
Zusammenarbeit/**D+C**
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Die Auswirkungen von Covid-19 auf Impfkampagnen in Afrika sind bislang durchwachsen. Wie Benjamin M. Kagina ab Seite 19 ausführt, gibt es positive und negative Entwicklungen. Er arbeitet als Arzt an der Universität Kapstadt für die Vaccines for Africa Initiative. Unter anderem ist er dafür zuständig, National



Immunisation Technical Advisory Groups (NITAGs) zu unterstützen. Wir freuen uns über seine gelegentlichen E+Z/D+C-Beiträge.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**

SICHERHEITSPOLITIK

„Systemische Militärputsche“

Frankreichs Bemühungen, Mali zu stabilisieren, sind dramatisch gescheitert. Jetzt regiert dort ein selbstbewusstes Militärregime. Staatsstriche erschüttern auch Nachbarländer. Vladimir Antwi-Danso von der Streitkräfte-Hochschule Ghanas erläutert im E+Z/D+C-Interview, was das mit globalen Trends zu tun hat.

Vladimir Antwi-Danso im Interview mit Hans Dembowski

Wir haben dieses Telefonat vereinbart, um die Sicherheitslage in Westafrika zu besprechen, aber nach dem russischen Angriff auf die Ukraine möchte ich mit etwas anderem anfangen. Eine Supermacht mit nuklearen Waffen attackiert ohne Rücksicht auf internationale Regeln und ohne Anspruch, im Sinne des globalen Gemeinwohls zu handeln, ein souveränes Nachbarland. Mich überrascht, dass internationalen Medien nun Eurozentrismus vorgeworfen wird, weil sie diesem Krieg hohe Beachtung schenken. Wie sehen Sie das als afrikanischer Intellektueller?

Dieser Krieg verdient definitiv weltweite Aufmerksamkeit. Es fällt aber auf, dass internationale Medien nie dieselbe Art von Wut und Empörung artikuliert haben, wenn es um vom Westen geleitete Interventionen in souveräne Staaten ging. Ob Kosovo, Afghanistan, Irak oder Libyen – für die westliche Politik brachten sie immer mehr Verständnis auf. Außerdem fallen jetzt manche westliche Berichterstatter mit rassistischen Äußerungen auf – etwa, wenn sie sagen, Flüchtlinge aus der Ukraine sähen europäisch aus und seien Christen.

Solche Aussagen finde ich auch inakzeptabel, aber mit Blick auf die von Ihnen erwähnten Kriege möchte ich doch sagen, dass der Kontext völlig anders war. Die Interventionen waren umstritten, aber sie wurden in jedem Fall von einer Koalition vieler Staaten getragen. Es gab auch jedes Mal irgendwie ein Mandat des UN-Sicherheitsrats, auch wenn es erst im Nachhinein erteilt wurde oder im Fall von George W.



„Der russische Angriff auf die Ukraine ist widerlich.“ Zerstörtes Wohnhaus in Charkiw.

Bushs Irakkrieg von vornherein fragwürdig war. Diesmal handelt der Angreifer aber im Sinne der nationalistischen Selbstermächtigung, und es gibt keinerlei Aussicht, irgendwann die Zustimmung des Sicherheitsrats zu bekommen.

Ich werde jetzt ganz bestimmt nicht zum Russland-Apologeten. Der Angriff auf die Ukraine ist widerlich. Ganz klar. Aber ich möchte doch klarstellen, dass es zwei fundamentale Probleme mit den von Ihnen genannten Sicherheitsratsbeschlüssen gab. Erstens: Ohne UN-Mandat in den Kampf zu ziehen unterhöhlt die Autorität des Sicherheitsrats, denn laut internationalem Recht entscheidet er allein über rechtmäßigen Krieg. Zweitens: Die Mandate wurden allzu großzügig interpretiert und für weitergehende Ziele genutzt. Im Irak sollten Massenvernichtungswaffen gesucht werden, aber dann wurde das Re-

gime gestürzt. Für Libyen wurde eine Flugverbotszone beschlossen, die aber so umgesetzt wurde, dass das Ergebnis abermals Regimewechsel war. Beide Interventionen hatten obendrein, was westliche Beobachter gern übersehen, gravierende Auswirkungen auf unsere Weltgegend. Vor allem wurde der Dschihadismus stärker. Denn erstens begannen sich perspektivlose junge Männer mit muslimischen Opfern zu identifizieren, und zweitens wurde die Region mit Waffen aus Libyen überflutet.

Der Dschihadismus ist eine Hauptkomponente der multidimensionalen Krise im Sahel. Wenn ich richtig orientiert bin, sind die anderen der Treibhauseffekt, der landwirtschaftliche Lebensgrundlagen zerstört, das schnelle Bevölkerungswachstum und der Drogenschmuggel. Die Corona-Pandemie hat die Probleme zusätzlich verschärft. Sehe ich das richtig?

Waffenschmuggel ist auch relevant, und mir ist es wichtig zu betonen, dass alle Krisenkomponenten den Dschihadismus weiter anfeuern. In ihrer Verzweiflung finden manche den gewalttätigen Extremismus attraktiv, und das destabilisiert in einem Teufelskreis unsere Länder weiter.

Wie passen die Militärputsche in Guinea, Mali and Burkina Faso ins Bild?

Wesentlich ist, dass sie sich von früheren Staatsstichen unterscheiden. Westafrika erlebt jetzt systemische Militärputsche, denn Offiziere, die ihre Staaten kollabieren sehen, greifen ein, um das Schlimmste zu verhindern. In der Vergangenheit hatten wir Verschwörercoups, bei denen sich Spitzenermilitärs zusammenschlossen, um ihr jeweiliges Land nach Belieben auszubeuten. Die heutigen Anführer mögen es mit der Rückkehr zur Demokratie in nicht allzu ferner Zukunft durchaus ernst meinen, aber sie meinen, sie müssten die Lage vorher stabilisieren. Dass das Regime in Burkina Faso gerade einen Zivilisten zum Premierminister gemacht hat, ist ein gutes Zeichen.

Woran ist der französische Einsatz in Mali gescheitert? Er sollte das Land stabilisieren. Die französische Führung hat drei grundlegende Fehler gemacht:

- Am schlimmsten war, dass die Franzosen sich wie Kolonialherren verhielten. Sie gaben den örtlichen Stellen Befehle, das galt selbst für die nationale Regierung.



In Mali haben sich die Franzosen „wie Kolonialherren“ verhalten.

der Sorte von kleptokratischen Potentaten konzipiert, welche die Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone am Ende des 20. Jahrhunderts verursachten.

Wie schätzen Sie russische Interessen und russisches Engagement in Afrika ein?

Moskau will im Grunde, wo immer es kann, westlichen Interessen entgegentreten. Wo die russische Regierung Schwächen sieht, versucht sie einzugreifen. Regeln sind ihr egal, und sie hat auch keine großen Erwartungen an afrikanische Regierungen. Gemäß dem Vorbild des privaten US-Militär-Dienstleisters Blackwater, der mittlerweile Academi heißt, hat der Kreml die Wagner-Gruppe geschaffen. Ihre Söldner erledigen schmutzige Aufgaben und agieren noch tödlicher als die französischen Soldaten. Die Russen wollen allerdings bezahlt werden und zeigen entsprechend großes Interesse an afrikanischen Goldminen.

Welche Art multilateraler Unterstützung braucht Westafrika?

Wir stehen unter dem Druck globaler Trends – Dschihadismus, Klimakrise, Drogen- und Waffenschmuggel. Wir haben das alles nicht verursacht und werden es auch nicht allein in den Griff bekommen. Konventionelle Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) wird das auch nicht tun. Unsere Länder mit niedrigen und mittleren Durchschnittseinkommen werden in hohem Maße mit globalen Problemen alleingelassen.



VLADIMIR ANTWI-DANSO ist Dekan und akademischer Direktor des Ghana Armed Forces Command & Staff College (GAFSCS) in Accra.

vladanso@yahoo.com

- Sie haben auch nicht verstanden, dass afrikanische Staaten sich von europäischen unterscheiden. In gewisser Weise gibt es in unseren ländlichen Gegenden gar keinen Staat, und das gilt besonders für die Sahara in Nord-Mali. Afrikanische Regierungen haben nicht überall in ihren Ländern unmittelbaren Einfluss, was mehr an mangelnder Infrastruktur als an demokratischen Legitimitätsproblemen liegt.
- Die Franzosen haben auch nichts dafür getan, die Menschen für sich zu gewinnen. Sie haben traditionelle und geistliche Führungspersönlichkeiten, die in staatsfernen ländlichen Regionen großen Einfluss haben, nicht respektiert.

Das erinnert alles an Afghanistan.

Ja, denn es wurden im Prinzip dieselben Fehler gemacht. Erschwerend kommt hinzu, dass Menschen in allen frankophonen Ländern Westafrikas die frühere Kolonialmacht ähnlich einschätzen. Paris verhält sich arrogant, hat viel zu oft korrupte Spitzenpolitiker unterstützt und genießt in der Bevölkerung kein Vertrauen. Andererseits war Frankreich eindeutig die Führungsmacht bei allen internationalen Unterstützungsmissionen, sodass sein schlechter Ruf nun auch die UN und die EU belastet.

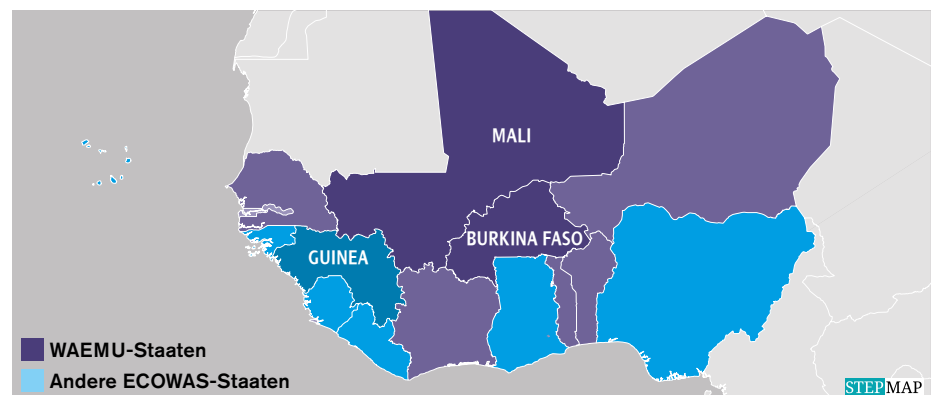
Sehen Sie die Demokratie in ganz Westafrika bedroht?

Sie müssen das differenziert betrachten. Wahlen stoppen Gewalt nicht. Zum großen Teil war, was westliche Regierungen unterstützt haben, lediglich ereignisbasierte Demokratie. Es gibt Wahlen, eine neue Regierung tritt an, und die Probleme bestehen fort. Nötig wäre stattdessen eine Verfahrensdemokratie, die Probleme löst. Solange unsere politischen Systeme nur auf demokratischen Ereignisse beruhen, werden sie

schwach bleiben. Gute Regierungsführung beruht auf Problemlösungen. Westliche Regierungen haben zu sehr auf Zeremonien und zu wenig auf die demokratische Substanz geachtet. Wahlen können gekauft werden und werden das auch oft. Nationale Probleme zu lösen ist viel schwieriger.

Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) besteht auf Demokratie und hat Sanktionen gegen Mali beschlossen. Wird das etwas bewirken?

Nein, nicht wirklich, denn die ECOWAS-Regeln taugen in der aktuellen Situation nicht viel. Sie berücksichtigen zum Beispiel nicht, dass Mali zur Währungsunion frankophoner westafrikanischer Länder gehört, die gemeinsam den CFA-Franc verwenden. Die Sanktionen betreffen verschiedene Wirtschaftszweige über nationale Grenzen hinweg. Sie tragen nicht zur Lösung unserer multidimensionalen Krise bei, verschärfen jedoch die Probleme, sodass systemische Coups wahrscheinlicher werden. Es gibt Anzeichen dafür, dass Niger als Nächstes betroffen sein könnte. Die ECOWAS-Statuten wurden dagegen für den Umgang mit



AUFFORSTUNG

Die Natur wiederbeleben

Malawi braucht dringend ein wirksames Programm zum Bodenerhalt und zur Wiederaufforstung, um zu retten, was von seinen Wäldern noch übrig ist. Nachhaltigkeit muss über kurzfristige Interessen gestellt werden.

Von Rabson Kondowe

Als Sosten Chiotha in den 1970ern studierte, war der Wald im Zomba-Naturreservat nahe seiner Universität üppig und gesund. „Als Student der Naturwissenschaften besuchte ich den Berg regelmäßig für wissenschaftliche Beobachtungen“, erinnert sich Chiotha, heute Regionaldirektor für das südliche und östliche Afrika bei Leadership for Environment and Development (LEAD), einer Nichtregierungsorganisation mit Schwerpunkt auf nachhaltiger Entwicklung.

Heute ist der einst gesunde Wald am Verdorren. Leider trifft das auf alle Wälder des Landes zu. Laut dem Datenportal Index Mundi bedeckten Wälder vor 32 Jahren 41 Prozent der Landmasse. 2015 lag der Anteil nur noch bei 33 Prozent. Seitdem hat sich die Lage weiter verschlechtert.

Der Verlust von Waldflächen hat mehrere Ursachen. Weil die Bevölkerung wächst, wandeln Gemeinden natürliche Flächen in landwirtschaftliche Nutzflächen um, bauen Häuser und Straßen. Gleichzeitig sind viele Malawier auf Brennholz und Holzkohle als Energieträger angewiesen, was die Wälder weiter dezimiert.

Entwaldung hat beunruhigende Konsequenzen. Wenn Bäume gefällt werden, kann der Boden um sie herum weniger Wasser aufnehmen. Regenwasser fließt schnell ab, anstatt im Boden zu versickern. Dadurch schwinden die Grundwasservorräte. Weitere Folgen sind Überschwemmungen, Bodenerosion und mehr Treibhausgasemissionen.

Die Regierung sollte Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme ergreifen, meint Chiotha. Seiner Ansicht nach ist ein wirksames Programm zum Bodenerhalt und zur Aufforstung nötig. Vorteile der Wiederaufforstung sind die Stärkung der Artenvielfalt und eine bessere Anpassung an den Klimawandel.

Ein Schritt in diese Richtung ist die Zusammenarbeit von LEAD mit Gemeindeguppen bei der Rückgewinnung ehemaliger Waldflächen nahe Zomba, einer Stadt im Südosten Malawis. Östlich der Stadt, in Sadzi in der Nähe des Chilwa-Sees, liegt ein Hügel mit mittlerweile 67 Hektar degradierter Landfläche. In der Gegend kommt es aufgrund der Abholzung immer wieder zu Überschwemmungen und Schlammlawinen.

LEAD und seine Partner pflanzen in Sadzi Bäume, um Überschwemmungen einzudämmen und die Grundwasserversorgung wiederherzustellen. „Es ist uns gelungen, Bauprojekte und Landwirtschaft in der Gegend zu verbieten“, sagt Chiotha. „Wir haben die Erosion verringert, den Grundwasserspiegel wiederaufgefüllt und die Pflanzen- und Artenvielfalt erhöht.“ (Siehe dazu auch meinen Artikel über Biodiversität in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/10).

Durch die Maßnahmen in Sadzi gibt es dort bereits weniger Überschwemmungen, sagt Chiotha. „Als wir 2013 begannen, lag die Vegetationsdecke unter 20 Prozent und jetzt hat sie sich fast verdoppelt.“ Wenn die

neu gepflanzten Bäume in Sadzi wachsen, werden die Emissionen in der Region Zomba sinken, prognostiziert er. Dieser Ansatz kann auch anderswo genutzt werden, auch in Städten, glaubt Chiotha. Wichtig sei es, lokale Gemeindegruppen einzubinden.

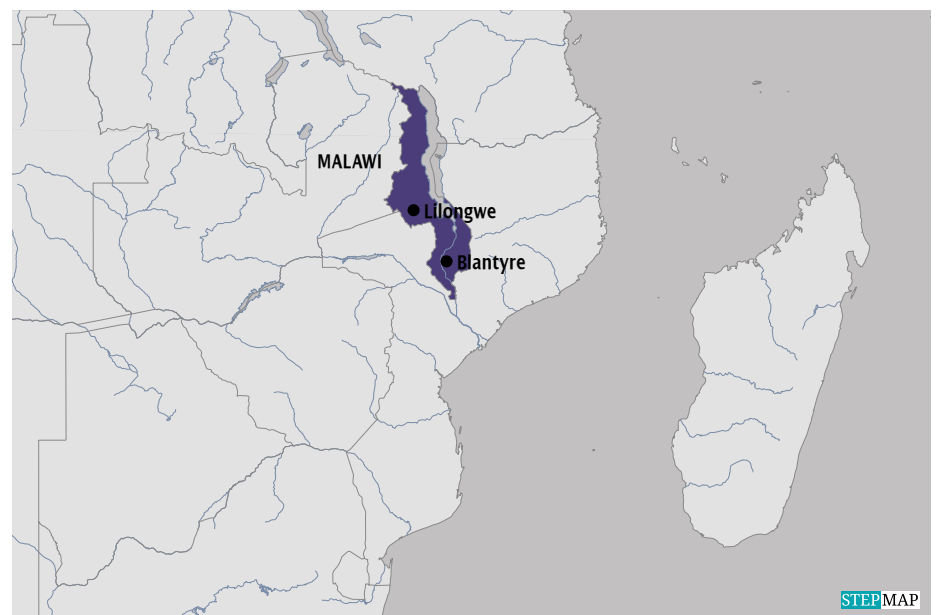
Der Aufbau solcher Zusammenarbeit ist nicht einfach. Gemeinden befürchten, die Aufforstung könnte eine andere Landnutzung blockieren. Menschen, die bereits Häuser auf Grünflächen in Städten wie Zomba und Blantyre gebaut haben, lehnen die Aufforstung ab, sagt Chiotha. „Es ist sehr schwierig, ihnen klarzumachen, dass die Flächen Schutz- und nicht Siedlungsgebiete sein sollten.“

Letztlich ist kurzfristiges Denken das größte Hindernis, da sich die Gemeinden auf unmittelbare Probleme konzentrieren statt auf den langfristigen Schutz der Umwelt und der Lebensgrundlagen, meint Chiotha. „Die Regierung sollte für die nächsten 15 bis 20 Jahre Programme auflegen, um neue Wälder zu schaffen, wo es bisher keine gab, und Bäume auf gerodeten Böden pflanzen“, sagt er. „Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor sollten zu diesen Maßnahmen beitragen können. Dann werden wir eine Veränderung im Land sehen.“



RABSON KONDOWE
ist Journalist in Blantyre,
Malawi.

kondowerabie@gmail.com





Protestaktion gegen den Besuch des ägyptischen Präsidenten beim Gipfel von Afrikanischer Union und EU in Brüssel im Februar 2022.

ÄGYPTEN

Willkür und vage Anschuldigungen

Seit sich Präsident Abdel Fattah Al-Sisi 2013 in Ägypten an die Macht gepuscht hat, regiert er das Land mit eiserner Faust. Zivilgesellschaft, Opposition und freie Presse kämpfen ums Überleben. Zehntausende politische Häftlinge, darunter mindestens 24 Medienschaffende, sitzen hinter Gittern. Das Regime schränkt die Meinungs- und Pressefreiheit nicht nur mit Repressalien ein, sondern kontrolliert auch die öffentliche Berichterstattung.

Von Sofian Philip Naceur

In der Öffentlichkeit stellt Ex-General Al-Sisi sein Land als einen Anker der Stabilität und eine politisch und militärisch nicht mehr zu ignorierende Regionalmacht dar. Er verweist auf eine boomende Wirtschaft mit vielversprechenden Gewinnaussichten für multinationale Konzerne. So auch bei seinem jüngsten Besuch in Brüssel im Februar 2022 anlässlich des Gipfels von Afrikanischer Union und EU. Doch dort gab

es Gegenwind für Ägyptens Diktator. Denn nicht nur Menschenrechtsgruppen nutzten Al-Sisis Besuch in Brüssel für lautstarke Kritik an den Menschenrechtsverstößen seines Regimes, sondern auch Abgeordnete europäischer Parlamente und sogar Regierungs-offizielle.

Anfang Februar hatten 175 europäische Parlamentarier und Parlamentarierinnen den UN-Menschenrechtsrat dazu aufgefordert, Ägyptens Regime wegen dessen systematischer Menschenrechtsverletzungen stärker unter Druck zu setzen. Daraufhin hatte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock angekündigt, Deutschland werde Waffenexporte nach Ägypten künftig von der Menschenrechtslage vor Ort abhängig machen. Menschenrechtsorganisationen forderten die EU-Kommission dazu auf, nicht für Al-Sisi den roten Teppich in Brüssel auszurollen und stattdessen Ägyptens Menschenrechtskrise auf die Agenda zu setzen.

Auch die Nichtregierungsorganisation (NGO) Committee to Protect Journa-

lists (CPJ) nutzte Al-Sisis Besuch in Brüssel für den Appell, dass die EU-Kommission Geschäfte mit Ägypten nicht wie gewohnt weiterlaufen lassen dürfe. Denn „Al-Sisi hat systematisch die Presse angegriffen, Journalisten und Journalistinnen inhaftiert und kritische Stimmen zum Schweigen gebracht“, so das CPJ.

In der Tat ist die Lage für regierungskritische Medien und Journalisten im Land extrem angespannt. In der jährlich erstellten Rangliste der Pressefreiheit der NGO Reporter ohne Grenzen (Reporters sans frontières – RSF) rangierte Ägypten 2021 auf Platz 166 von 180 Staaten. Derzeit seien 22 Journalisten und zwei Bürgerreporter in Ägypten inhaftiert, so RSF. Damit sei das Land heute „einer der weltweit größten Kerkermeister für Journalisten“. Nur in Saudi-Arabien, China und Myanmar sitzen mehr Medienschaffende im Gefängnis.

Journalisten und Medienschaffende werden nicht nur aufgrund regierungskritischer Berichterstattung verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt, sondern auch oft willkürlich und auf Grundlage vage formulierter Anschuldigungen und Gesetze. Erst Ende 2021 waren die Reporter Hisham Fouad und Hossam Moanis von einem Kairoer Gericht wegen angeblicher „Verbreitung von Falschnachrichten in Ägypten und im Ausland“ zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Verhaftung in Kairo 2019 war Fouad zunächst „wirtschaftliche Verschwörung“ und sogar „Terrorismus“ vorgeworfen worden. Vor allem Terroris-musvorwürfe werden von ägyptischen Strafverfolgungsbehörden immer wieder instrumentalisiert, um kritische Stimmen mundtot zu machen.

Ägypten verfügt laut RSF inzwischen über ein „drakonisches Arsenal an Gesetzen“, das die Medienfreiheit im Land bedroht. Ein Beispiel ist das Anti-Terror-Gesetz von 2015, das Journalisten dazu zwingt, nur offizielle Informationen über Terroranschläge zu verbreiten. Bei Zuwiderhandlungen drohen Verurteilungen auf Basis des Anti-Terror-Gesetzes und empfindliche Haftstrafen.

2018 erließ die Regierung zwei weitere Gesetze, die die Meinungs- und Pressefreiheit enorm einschränken:

- Das Gesetz zur Internetkriminalität zwingt Telekommunikationsfirmen dazu, Benutzerdaten für 180 Tage zu speichern.

- Das Mediengesetz regelt die Lizenzvergabe an Presseorgane und ebnete den Weg für den Aufbau des Obersten Rates zur Medienregulierung. Diese Behörde ist vollständig von der Exekutive kontrolliert und erlaubt es dem Regime, Ägyptens Medienlandschaft nach Gutdünken zu steuern. Bezeichnenderweise ist der Rat im Gebäude des Staatsrundfunks Maspero in der Kairoer Innenstadt angesiedelt.

GLEICHSCHALTUNG DER MEDIEN

Mit diesen und anderen Gesetzen hat das Regime de facto und de jure die Gleichschaltung der Medien in Ägypten durchgesetzt. Selbst unter dem 2011 gestürzten Langzeitdiktator Hosni Mubarak war die staatliche Kontrolle öffentlicher Berichterstattung nicht derart ausgeprägt. Regierungskritik war zwar auch unter Mubarak alles andere als ungefährlich, doch gewährte dieser privaten Medienunternehmen weitaus mehr Spielraum – solange sie im Sinne des Regimes berichteten. Im Gegensatz dazu setzt Al-Sisi auf eine direkte Kontrolle der Presse und hat seit seiner Machtübernahme systematisch private Medienunternehmen übernommen.

Geschäftsleute und Politiker wurden gezwungen, ihre Anteile an TV-Kanälen und Zeitungen zu verkaufen und sich aus dem Geschäft zurückzuziehen – zu Guns-

ten des Auslandsgeheimdienstes General Intelligence Service (GIS). 2016 hatte der regimenahe Stahltycoon Ahmed Abu Hashima praktisch aus dem Nichts heraus damit begonnen, Zeitungen und TV-Kanäle aufzukaufen und diese unter dem Dach der Egyptian Media Holding (EMG) zu bündeln. Kurz darauf übernahm die Investmentfirma Eagle Capital Abu Hashimas Anteile an der EMG. Eagle Capital wiederum gehört dem Geheimdienst GIS, wie die unabhängige ägyptische Nachrichtenplattform Mada Masr 2017 aufdeckte.

Zu EMG gehören die populären TV-Sender ONTV und CBS, sechs Zeitungen, zwei Produktionsfirmen für Kino- und TV-Produktionen sowie sieben Marketing- und Werbeagenturen. Neben dem Staatsrundfunk kontrolliert Al-Sisis Regime damit auch einen elementaren Teil der privaten Fernseh- und Presselandschaft und setzt diese Medienmacht gezielt dafür ein, staatsnahe Narrative und Propaganda zu verbreiten. Vor allem der Aufkauf von TV-Produktionsfirmen ist zentral für Al-Sisis Bestreben, Ägyptens heruntergewirtschafteter Filmindustrie neues Leben einzuhauchen und diese für politische Zwecke einzusetzen. ONTV und andere Sender veröffentlichen heute eine professionell abgedrehte TV-Hochglanzproduktion nach der anderen und überschwemmen damit Bildschirme und so-

ziale Medien mit regierungsfreundlicher Propaganda.

INTERNETÜBERWACHUNG

Angesichts dieser staatlichen Übermacht im konventionellen Mediensektor ist das Internet heute der einzige Ort im Land, an dem freie Meinungsäußerung noch möglich ist – zumindest in Teilen. Denn ägyptische Behörden haben 2017 damit begonnen, regierungskritische Internetinhalte zu blockieren. Seither wurde der Zugang im Inland zu mindestens 500 Websites gesperrt, darunter prominente Nachrichtenwebsites und Internetauftritte von NGOs (siehe Kasten unten).

Dabei werden nicht nur regierungskritische Inhalte im Internet dokumentiert und blockiert. Der Sicherheitsapparat nutzt diese Informationen auch für die Strafverfolgung und hat in den vergangenen Jahren unzählige Menschen wegen Regimekritik oder unliebsamer Meinungsäußerung im Internet verhaften und vor Gericht stellen lassen.



SOFIAN PHILIP NACEUR
arbeitet als Projektmanager für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis und als freier Journalist.

Arbeitsschwerpunkte sind Ägypten und Algerien.

mail@sofiannaceur.de

Spionagesoftware im Einsatz

Bei der Überwachung von freier Presse und Systemkritikern nutzt das ägyptische Regime Spionagesoftware auch von europäischen Unternehmen. Es hat seit Al-Sisis Machtübernahme hochentwickelte Spionagesoftware in Frankreich, Italien und Deutschland erworben und setzt diese offenbar systematisch gegen jene ein, die es im Internet kritisieren.

Nachdem schon vor 2011 Spionagesoftware des britisch-deutschen Gamma-Konzerns an Ägyptens Regime verkauft

worden war, erwarb Ägypten 2018 die vom französischen Amesys-Konzern entwickelte CEREBRO-Software, die für das Ausspionieren von Smartphones genutzt werden kann. Die ebenfalls in Frankreich ansässige Firma Nexa Technologies hatte die Software übernommen und über eine Mittlerfirma in den Vereinigten Arabischen Emiraten nach Ägypten verkauft. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtete zudem 2020, sie habe

hochentwickelte Spyware der Münchener Firma FinFisher in Ägypten gefunden. Details über einen Deal zwischen FinFisher und Ägypten sind zwar weiterhin nicht bekannt, doch



der Verkauf solcher Produkte an Ägyptens zahlungskräftigen Sicherheitsapparat seitens europäischer Spywarekonzerne hat offenbar System.

„Es ist ein Skandal, dass seit Jahren FinFisher-Produkte im Umlauf sind, um damit unter anderem Journalisten bei ihrer Arbeit zu überwachen“, erklärt Christopher Resch, Pressereferent bei Reporter ohne Grenzen Deutschland. Er fordert die deutschen Strafverfolgungsbehörden dazu auf, aufzuklären, wie die Überwachungssoftware eines deutschen Konzerns trotz Exportkontrollen in die Hände autoritärer Regime wie das in Ägypten fallen konnte. SPN

VERSCHULDUNG

Weltbank schlägt Alarm

Die Coronakrise hat Finanznöte auf allen Ebenen – von Privathaushalt bis Staat – verschärft, wie die Weltbank in ihrem aktuellen World Development Report 2022 berichtet. Armut und Ungleichheit haben sowohl innerhalb von Nationalstaaten als auch international zugenommen.

Von Roli Mahajan

Der Bericht warnt, Covid-19 habe schwere und andauernde ökonomische Folgen, die Entwicklungsländer besonders betreffen. Für einen gerechten globalen Aufschwung sei die Gesundheit von Finanzwirtschaft und Staatshaushalten entscheidend.

Die Pandemie hat die Wirtschaft massiv belastet. Es gab Millionen von Toten, massenhaft Jobverluste, Firmenpleiten und Schulschließungen. Die Krise deckte laut Weltbankbericht bestehende Schwächen auf, verschärfte sie und erschütterte das soziale Gefüge vieler Länder. Seit Jahrzehnten habe die Schuldenlast in keinem einzelnen Jahr mehr derart schnell zugenommen. In Ländern mit niedrigen und mittleren Durchschnittseinkommen sei die Gesamtverschuldung 2020 um neun Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung gestiegen. Die durchschnittliche Quote des Jahrzehnts davor habe nur 1,9 Prozent betragen. Betont wird, dass die finanzielle Gesundheit von Haushalten, Unternehmen, Finanzinstitutionen und Staaten eng verwoben ist, sodass wachsende Risiken in einem Bereich die gesamte Volkswirtschaft destabilisieren könnten.

Laut Weltbankdaten konnten 2020 über die Hälfte der Privathaushalte nach gravierenden Einkommensverlusten ihren Grundkonsum nicht länger als drei Monate aufrechterhalten. Die Geldreserven durchschnittlicher Unternehmen hätten derweil nicht einmal 51 Tage lang gereicht.

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen traf es besonders hart. Ihre Ersparnisse waren gering, und Geringqualifizierte konnten typischerweise nicht von zu Hause arbeiten. Generell konnte, wer von anfänglichen Verlusten besonders hart getroffen wurde, Ein-

bußen auch nur besonders langsam ausgleichen. Junge Menschen und Frauen waren besonders betroffen. Die Weltbank schätzt, dass 42 Prozent der Frauen weltweit, aber nur 32 Prozent der Männer ihre Jobs verloren. Frauen arbeiteten nämlich mit größerer Wahrscheinlichkeit in Branchen, die von Lockdowns und strengen Abstandsregeln



Eine von Millionen Frauen: Die südafrikanische Haushaltshilfe Alphonza Zali wurde 2020 im Lockdown arbeitslos.

beeinträchtigt wurden. Zugleich sei der Sorgeaufwand für kranke Angehörige sowie für Kinder, die nicht mehr in die Schule gingen, gestiegen.

Auch informelle und kleine Unternehmen litten Not. Die Weltbank schätzt, der informelle Sektor trage in Lateinamerika und Subsahara-Afrika mehr als ein Drittel und in Südasien mehr als ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei. Sein Anteil an der Beschäftigung ist noch höher. Typischerweise haben die betroffenen Firmen keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen, und das gilt auch für viele amtlich registrierte Kleinunternehmen.

STAATSHANDELN

Wie Nationalstaaten auf Corona reagierten, hing von der Stärke ihrer Banken und ihrer Staatsfinanzen ab. Eine große Palette

von Maßnahmen war hilfreich – von Sozialleistungen über Kreditgarantien und diverse Zuschüsse bis hin zur Aussetzung von Schuldendiensten. Nicht alle Länder konnten sich derlei in gleichem Maße leisten, weshalb die Ungleichheit zwischen Staaten laut Weltbank deutlich zunahm.

Ausgaben zur Abfederung sozio-ökonomischer Pandemiefolgen steigerten jedoch die Wahrscheinlichkeit von Überschuldung, Finanzengpässen und Intransparenz in der Zukunft. Viele Regierungen nahmen zusätzliche Schulden auf, um laufende Kosten zu decken, was ihre künftige Finanzkraft schwächt. Laut Weltbank wird

das unter anderem Folgen für die Gesundheits- und Bildungspolitik haben.

Dass die Zentralbanken von Ländern mit hohem Einkommen angesichts wachsender Inflationssorgen beginnen, die Leitzinsen zu erhöhen, wird die Probleme weiter zuspitzen. Steigende Zinsen machen es aber schwerer, Staatsschulden zu bedienen, sodass hochverschuldete Länder besonders unter Druck geraten werden. Seit der globalen Finanzkrise waren die Zinsen ungewöhnlich niedrig.

„Debt Distress“ bedeutet, das ein Schuldner Zahlungspflichten nicht mehr erfüllen kann. Die Weltbank erkennt dafür weltweit wachsende Anzeichen. Im Lauf der Pandemie hätten sich die Staatsschuldenratings von 51 Ländern – darunter 41 Entwicklungsländern – verschlechtert.

Die Fachleute von der multilateralen Institution loben die Debt Service Suspen-

sion Initiative (DSSI) der G20 (Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften). Sie hat den Schuldendienst von Ländern mit niedrigen Einkommen zeitweilig ausgesetzt. Der Bericht warnt aber, dass mehr geschehen müsse, denn in der Hälfte der Länder dieser Kategorie habe schon vor der Pandemie Schuldenstress bestanden. Die Lage habe sich verschärft. Obendrein hätten auch Länder anderer Einkommensgruppen ernste Probleme.

Die Weltbank rechnet damit, dass sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene neue Probleme sichtbar werden, wenn die Corona-Unterstützungsmaßnahmen zurückgefahren werden. Einige davon dürften wegen Wechselwirkungen zwischen den Privathaushalten, Unternehmen, Banken und öffentlichen Haushalten überraschend auftreten.

Der World Development Report fordert, Finanzrisiken müssten möglichst schnell erkannt werden. Schuldenstress müsse auf allen Ebenen – von nationalen Haushalten bis zu Mikrofinanzdienstleistern – reduziert werden. In vielen Fällen

werde sich die Gesamtschuldenlast ohne Umschuldungen als exzessiv erweisen und Aufschwung verhindern. Außerdem müsse die internationale Staatengemeinschaft mehr tun, um allen Menschen und Unternehmen Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verschaffen.

Die Weltbank rät Hocheinkommensländern, ihre Stützungsmaßnahmen nur vorsichtig einzustellen, um weltweite Turbulenzen zu verhindern. Besondere Beachtung verdienten dabei die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen, die für internationale Lieferketten besonders wichtig seien. Den Entwicklungsländern empfiehlt die Weltbank dagegen, Finanzpolster zu schaffen, aber dabei die Schaffung von Human- und Sachkapital nicht zu kompromittieren.

Der Bericht erschien, bevor russische Truppen in die Ukraine einmarschierten, und geht folglich auf mögliche Konsequenzen gar nicht ein. Er beschäftigt sich auch nicht tiefgehend mit der Klimakrise, lobt aber Öko- und Sozialanleihen in Nigeria und Chile. Er hält auch grundsätzlich fest,

dass Staaten in der Lage sein müssen, in die ökologische Transformation zu investieren, um Klimafolgen fair abzufedern. Eine spezifische Agenda wird aber nicht formuliert.

Daraus folgt, dass das weltweite Finanzszenario noch düsterer ist als im Weltbank-Dokument beschrieben. Das heißt, es ist noch schwerer geworden, wieder „neu und besser aufzubauen“. Dass das nötig ist, stellte Achim Steiner, der Chef des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP – UN Development Programme), schon im vergangenen Sommer fest (siehe Achim Steiner auf www.dandc.eu).

LINK

Weltbank, 2022: Finance for an equitable recovery. World Development Report 2022.
<https://www.worldbank.org/en/publication/wdr2022>



ROLI MAHAJAN
ist freie Journalistin und lebt im nordindischen Lucknow.

roli.mahajan@gmail.com

UKRAINEKRIEG

Hungern oder verhungern

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat enorme Auswirkungen auf die globale Versorgung mit Getreide. Denn die Ukraine und Russland produzieren fast 30 Prozent des auf dem Weltmarkt gehandelten Weizens, auf den viele Entwicklungsländer angewiesen sind, da sie selbst nicht genügend Getreide anbauen. Die Verknappung des Angebots könnte Millionen Menschen in eine Hungersnot stürzen.

Von Claudia Isabel Rittel

Eigentlich hätten die ukrainischen Landwirte in den ersten beiden Märzwochen für die Getreideproduktion der diesjährigen Saison auf ihren Feldern arbeiten müssen. Doch statt Dünger auszubringen, verteidigten viele von ihnen ihr Land oder waren auf

der Flucht. Das wird Folgen für Millionen Menschen weltweit haben.

Der Weizenexport aus dem angegriffenen Land ist praktisch zum Erliegen gekommen, da Häfen nicht funktionieren und viele Firmen derzeit nicht arbeiten. Auch der Handel mit Russland ist derzeit stark eingeschränkt. Zwar sind Lebensmittel von den Anfang März beschlossenen Sanktionen gegen Russland ausgenommen. Handel wäre also noch möglich. Branchenkenner beobachten jedoch, dass sich Getreidehändler aus Eigeninitiative aus Russland zurückziehen. Hinzu kommt, dass Russland angekündigt hat, den Export von Getreide zu stoppen.

Als Folge schnellte der Weizenpreis, der ohnehin auf einem hohen Niveau lag, in die Höhe. Preistreiber sind neben der akuten Verknappung auch die hohen Energiepreise

und die Unsicherheit mit Blick auf die Ernten der nächsten Jahre, erklärt die Agrarexpertin der Heinrich-Böll-Stiftung Christine Chemnitz. Hinzu kommen durch den Krieg gestiegene Versicherungsprämien für Schiffe, die das Schwarze Meer befahren.

Keinen großen Einfluss auf die Preise hat Chemnitz zufolge aktuell die Börse, wohl aber China. Das Land habe sich mit Weizen eingedeckt. Bemerkenswert dabei ist das Timing: Erstmals überhaupt kaufte China laut der Nachrichtenagentur Associated Press am 24. Februar 2022 Weizen in Russland ein – dem ersten Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine. „Die Weltmarktströme verändern sich gerade ganz massiv“, sagt Christof Buchholz, Geschäftsführer des Vereins der Getreidehändler an der Hamburger Börse. Schon werden Vermutungen laut, China wolle seine Getreidevorräte auch machtpolitisch einsetzen.

„Die hohen Preise könnten dramatische Folgen für Länder haben, die das nicht kompensieren können“, sagt Martin Rentsch vom UN-Welternährungsprogramm (WFP – World Food Programme). In Kenia bei-



Weizenernte nahe der russischen Stadt Tbilisskaja.

spielsweise sei Weizen das zweitwichtigste Nahrungsmittel. Das Land selber produziere aber nur zehn Prozent seines Bedarfes. So geht es vielen Ländern in Subsahara-Afrika, Asien, dem Nahen Osten und Nordafrika. Infolge der hohen Preise sieht die FAO (Food and Agriculture Organization) bis zu 13 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger bedroht.

Mittelfristig werden die hohen Getreidepreise auch zum Problem für das WFP selbst, das weltweit Menschen in Krisenregionen mit Nahrung versorgt. Aktuell seien die Speicher gefüllt, sagt Rentsch. Muss das WFP aber nachkaufen, bekommt es bei gleichbleibendem Budget weniger Nah-

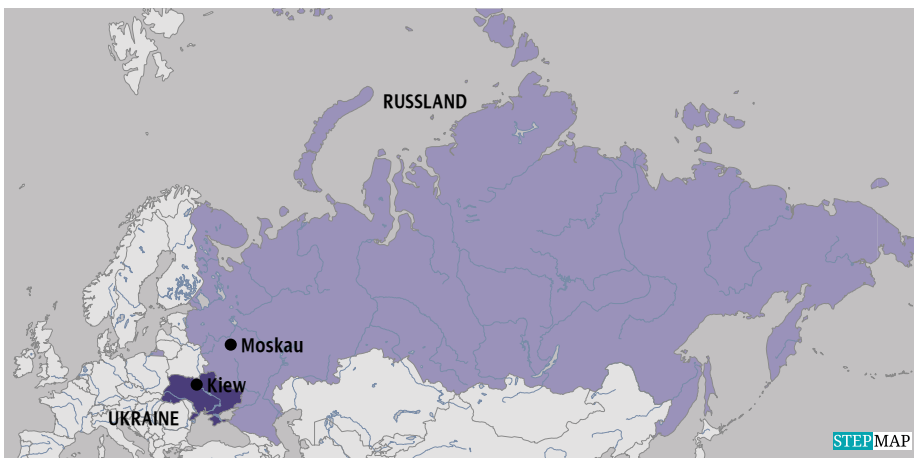
rungsmittel. „Entweder wir erreichen dann weniger Leute oder die Leute bekommen jeweils weniger“, erklärt Rentsch. Das Horrorszenario lautet: Die Rationen von Hungernden müssen gekürzt werden, um Verhungerte vor dem Tod zu retten.

Noch unklar ist derzeit, wie groß das globale Angebot in der kommenden Erntesaison sein wird. Das hängt auch davon ab, ob die ukrainischen Bauern Sommerweizen aussäen können und ob sie im Juni den bereits gesäten Winterweizen ernten können. Hinzu kommt, dass die Europäische Union zum Erhalt ihrer Erträge von Dünger aus russischer Produktion abhängig ist. Russland seinerseits ist von Ersatzteilen für

landwirtschaftliche Maschinen abhängig, die laut Chemnitz den westlichen Sanktionen unterliegen.

Den Wegfall ukrainischen und russischen Weizens kurz- oder mittelfristig zu kompensieren, erscheint Branchenbeobachtern unmöglich. Zwar habe Australien aktuell eine gute Ernte, aber das reiche bei weitem nicht, sagt Getreidehändler Buchholz. Kaum Einfluss auf die Weltmarktpreise hätte es wohl, wenn die EU Brachflächen für den Anbau von Weizen nutzen würde. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der Heinrich-Böll-Stiftung hervor. Ein Schlüssel zur Entspannung an den Getreidemarkten könnte ein geringerer Fleischkonsum sein, sagt Chemnitz.

Die wichtigste Forderung von Experten ist jetzt, dass die Länder den Handel untereinander aufrechterhalten und sich nicht abschotten. Andernfalls könnte der Preis noch viel extremer nach oben getrieben werden, befürchtet FAO-Ökonomin Monika Tothova. Um die Situation kurzfristig zu entschärfen, fordern Experten Finanzhilfen für besonders gefährdete Länder, damit diese weiterhin Getreide auf dem Weltmarkt kaufen können.



CLAUDIA ISABEL RITTEL
ist Redakteurin bei der
Frankfurter Rundschau.

info@claudia-isabel-rittel.de



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 211 followers

See all 6 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation · 211 followers · 2h ·

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #di...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 3 posts
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

DEVELOPMENT AND
COOPERATION | **D+C**

Saatgutlager sorgt für Sicherheit

In Chimanimani, einer entlegenen Region in Simbabwe, ergreifen Kleinbauern Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen einer Naturkatastrophe zu reduzieren.

Rund 200 Landwirte nutzen ein einfaches Gebäude in einem Dorf, um Saatgut für eine Reihe von Nutzpflanzen zu lagern, darunter Okra, Hirse, Maniok, Sorghum, Erdnüsse und Mais. Die Saatgutbank bietet eine Art Versicherung: Falls die Ernte zerstört wird, können die Kleinbauern das gelagerte Saatgut ausbringen.

Eine solche Katastrophe ereignete sich im März 2019, als der tropische Zyklon Idai über die Region fegte. Der Zyklon traf 270 000 Menschen, forderte 340 Todesopfer und tötete unzählige Nutztiere. Er hinterließ eine Spur der Verwüstung, darunter riesige Flächen unbrauchbaren Landes und zerstörte Getreidelager.

Nach dieser Katastrophe initiierte die im Vereinigten Königreich ansässige Nichtregierungsorganisation Voluntary Service Overseas (VSO) die gemeindebasierte Saatgutbank. Sie startete das Projekt gemeinsam mit einer lokalen, zivilgesellschaftlichen Gruppe namens Tsuru (Towards Sustainable Use of Resources Organisation) Trust. Das Projekt wird vom britischen Außenministerium, das auch für Entwicklungshilfe zuständig ist, finanziert.

In der gemeindebasierten Saatgutbank können die Bauern Saatgut lagern, aber auch untereinander tauschen. Dieser Tauschhandel trägt dazu bei, dass die Landwirte untereinander besprechen können, welche Sorten für sie am

nützlichsten sind, zum Beispiel weil sie dürreresistent sind.

Vor allem aber ist die Saatgutbank eine Absicherung gegen Klimarisiken. „Im Falle einer weiteren Naturkatastrophe hole ich mir dort Saatgut, um es auf meinen Feldern auszusäen“, sagt Sherry Manjonjori, eine Bäuerin aus dem Dorf Nechirinda. Das Saatgutlager spare ihr außerdem die Kosten für die Fahrt in die 150 Kilometer entfernte Stadt Mutare, um Saatgut zu kaufen.

Freiwillige des VSO kümmern sich um die Saatgutbank und schulen die Bauern darin, wie sie ihre Erträge steigern und ihr Risiko mindern können. „Wir geben Informationen und Techniken in Bezug auf den Klimawandel weiter, einschließlich der Katastrophenvorsorge“, sagt Walter Zambuko, einer von 25 VSO-Freiwilligen in Chimanimani.

Die Landwirte lernen zum Beispiel etwas über die so genannte Bokashi-Fermentation, ein Verfahren zur Umwandlung von Lebensmittelabfällen und anderen organischen Stoffen in Dünger. Anders als bei der traditionellen Kompostierung, bei der die Zersetzung organischer Stoffe abgewartet wird, werden bei Bokashi spezielle Bakterien eingesetzt, um den Prozess zu beschleunigen.

Außerdem ermöglicht die Bokashi-Technik den Landwirten, die fermentierten Abfälle direkt in den Boden einzubringen, ohne einen Reifungsprozess abzuwarten, sagt VSO-Projektmanager Simba Guzha. Er fügt hinzu, dass Bokashi-Dünger aufgrund der hohen Hitzeentwicklung im Kompost frei von Unkraut und Krankheitserregern ist. Dieser Ansatz lässt sich in jedem Teil des Landes umsetzen und kann die Erträge großer Flächen verbessern, sagt Guzha.

Die örtlichen Landwirte scheinen zufrieden zu sein. „In der vergangenen Saison gab es gute Regenfälle, und ich konnte eine gute Ernte einfahren“, sagt Bäuerin Sherry Manjonjori. „Nachdem ich Getreide für meine Familie eingelagert hatte, verkaufte ich einen Teil und wagte den Einstieg in ein Geflügelprojekt.“



FARAI SHAWN MATIASHE
ist Journalist in Mutare in Simbabwe.

matiashefarai@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 31.03.22 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Texte unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashay, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),
Maren van Trel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



KRIEGSFLÜCHTLINGE

Doppelmoral in der EU

Die arabische Welt blickt mit Frust und Enttäuschung auf Europa. Während ukrainische Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen werden, tut die EU alles daran, Kriegsflüchtlinge aus anderen Weltregionen abzuwehren. Das Leid in Syrien, Afghanistan oder Jemen ist aber genauso schlimm wie in der Ukraine. Dass die Menschen unterschiedlich behandelt werden, ist rassistisch.

Von Mona Naggar

In den ersten Tagen des Krieges in der Ukraine verbreiteten sich im Libanon und anderen Ländern der Weltregion Social-Media-Kommentare einiger Reporter großer westlicher Medien, die für Empörung

päischen Stadt“ so etwas passiere im Gegensatz zum Irak oder Afghanistan, wo seit Jahrzehnten Kriege toben würden. Andere Reporter beschrieben die Geflüchteten aus verschiedenen ukrainischen Städten und stellten einen Gegensatz her zwischen den aus der Mittelschicht stammenden, mitteleuropäisch aussehenden Menschen mit christlichem Hintergrund und syrischen Geflüchteten.

Die Reporter entschuldigten sich zwar im Nachhinein, aber die Botschaften waren gesendet. Leid, Krieg und Flucht werden als Normalität in Ländern des Nahen Ostens oder in anderen Teilen des globalen Südens gesehen und dargestellt. Für Europa oder Nordamerika gilt etwas anderes. Für die

setzen sich mit der ungleichen Behandlung von Menschen auseinander, die versuchen, sich vor dem Krieg in Sicherheit zu bringen. Hellhäutige sind in der EU willkommen, Dunkelhäutige nicht.

Eine Karikatur zeigt zum Beispiel einen Grenzposten mit blauer EU-Flagge. Es gibt zwei Übergänge, die nach Farben unterteilt sind – der Schlagbaum, auf dem eine helle Farbpalette befestigt ist, ist offen. Der zweite dagegen mit der dunklen Farbpalette ist geschlossen. Die Karikatur trägt den Titel: „Geflüchtete aus der Ukraine“.

Die EU reagierte schnell und unbürokratisch auf den Krieg in der Ukraine und beschloss, die geflüchteten Ukrainer aufzunehmen und ihnen in den Aufnahmeländern eine Perspektive zu bieten: Bleiberecht, Bildung und Arbeitserlaubnis. Das ist vorbildlich und zeugt von großer Solidarität. Die Ukrainer müssen kein langwieriges Asylverfahren durchlaufen wie Menschen, die übers Mittelmeer in Spanien, Malta, Griechenland oder Italien stranden. Auch das Engagement der Zivilgesellschaft in den EU-Ländern ist beeindruckend.

Warum reagiert Europa heute anders als 2015 oder in den Jahren danach, als Hunderttausende aus Syrien oder anderen Ländern vor Kriegen, den Folgen der Klimakrise oder vor Armut geflohen sind? Die beiden oben genannten Beispiele sind die Antwort. Die Abstammung der Menschen, ihre Hautfarbe und Religion spielen eine Rolle. Der Krieg in der Ukraine ist in vielerlei Hinsicht entlarvend. Es wird deutlich, dass in der europäischen Flüchtlingspolitik doppelte Standards praktiziert werden. Andererseits herrschte 2015 in Deutschland und Schweden auch eine Willkommenskultur, die später wieder nachließ. Zu wünschen ist, dass die gegenwärtige Willkommenskultur länger anhalten möge.

Wie können wir also in Zukunft konstruktiv reagieren? Es wäre wünschenswert, wenn die Einigkeit der EU und die Politik gegenüber den Ukrainern als ein Vorbild für die künftige Flüchtlingspolitik dienen würde. Diese sollte für alle Menschen in Not gelten, egal woher sie kommen und welche Hautfarbe sie haben.



Geflüchtete aus der Ukraine bei der Ankunft in Polen.

sorgten. Die Kriegsreporter offenbarten ihre mangelnde Professionalität und ihren Rassismus.

Der Korrespondent des amerikanischen Senders CBS, Charlie D'Agata, kommentierte aus Kiew in einem Livegespräch die Lage und äußerte sein Erstaunen darüber, dass in einer „zivilisierten und euro-

Menschen in Afghanistan, Syrien oder dem Jemen, die sich nichts mehr als Frieden und Sicherheit wünschen, muss dies wie Hohn und Spott klingen.

Für Empörung sorgt auch die Ablehnung, die Nicht-Ukrainer vielfach bei der Flucht in die Nachbarländer erfuhren. Zahlreiche Karikaturen in arabischen Medien



MONA NAGGAR
ist freie Journalistin in Beirut.

mona.naggar@googlemail
com

WELTPOLITIK

Versprechen erfüllen

Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar ist die Zukunft noch stärker bedroht, als vorher schon aus klimapolitischer Perspektive, wegen globaler Ungleichheiten und der Fragilität der Demokratie erkennbar war. Westliche Regierungen müssen sich für das globale Gemeinwohl einsetzen und vor moralischer Überheblichkeit hüten.

Von Imme Scholz

Der Krieg in der Ukraine führt zu Zerstörung, Tod und großer menschlicher Not. Er hat die Systemrivalität zwischen Demokratie und Autokratie noch einmal massiv verschärft. Gleichzeitig wird deutlich, dass nationalistische Autokratie zugunsten oligarchischer Eliten keine Zukunftsperspektive bietet.

Krieg und Systemrivalität ziehen aber auch Aufmerksamkeit und Ressourcen von der dringenden und unverzichtbaren sozialökologischen Transformation ab – zu Klimaneutralität, zu wirksamem Artenschutz, zur Beendigung existenzieller Armut.

Die internationale Gemeinschaft darf diese Transformation jedoch nicht verta-

gen. Diese Aufgaben stehen nicht erst an, wenn wichtigere Probleme gelöst sind. Wenn wir die globale Umweltkrise und eklatante Ungerechtigkeit jetzt nicht angehen, werden die anderen Probleme nur größer. Schon in diesem Sinne war der Einmarsch in die Ukraine ein Angriff auf die gesamte Menschheit. Die Verteuerung von Lebensmitteln und anderen wichtigen Rohstoffen macht das noch deutlicher.

Wir müssen daher nicht nur Demokratie und Völkerrecht verteidigen, sondern uns auch mit aller Kraft für das globale Gemeinwohl einsetzen. Dieses wird an den Verbesserungen für die ärmsten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die vulnerabelsten Länder gemessen und an Fortschritten beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Ohne eine starke internationale Zusammenarbeit geht das nicht.

Wer das Ergebnis der UN-Abstimmung über die Resolution zum Ukraine-Krieg als breite Zustimmung zum Westen wertet, irrt. 35 Enthaltungen – darunter China, Indien, Südafrika – sind Beleg für deutliche Distanz zu USA, NATO und EU. Verteidigt wurden vor allem das UN-Prinzip der territorialen Unversehrtheit und das Gewaltverbot.

Partner aus Entwicklungs- und Schwellenländern beklagen regelmäßig, der Westen predige gern Multilateralismus, folge selbst aber, wo immer möglich, nationalen Egoismen. Die G7, die EU und die NATO sollten sich vor moralischer Überheblichkeit hüten und politisches Handeln nicht mit zweierlei Maß messen. Unsere Öffentlichkeit blendet leider oft aus, wann und wo wir selbst internationale Versprechen nicht einhalten.

Nein, in der Covid-19-Pandemie haben unsere Nationen nicht, wie vereinbart, dafür gesorgt, dass Medikamente, medizinisches Material und Impfstoff überall verfügbar sind. Nein, in der Klimakrise halten wir seit 2020 bereits 2009 gemachte Finanzausgaben nicht ein. Nein, die meisten Hocheinkommensländer bringen nicht die seit Jahrzehnten versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit auf. Diese Liste ließe sich leicht verlängern.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat diese Problematik am 1. März in ihrer Rede vor der UN-Sonderversammlung in New York angesprochen, als sie ihre Bereitschaft dazu erklärte, „unser eigenes Handeln, unser früheres Engagement in der Welt kritisch zu hinterfragen“. Wir – Europa, die G7, der Westen – müssen alles tun, um nicht in eine neue bipolare Konfrontation zu verfallen, in der die Interessen der Kleinen und Marginalisierten schnell geopfert werden, wie das während des Kalten Krieges geschah.

All das macht eine Reform unserer Außenbeziehungen nötig, die alle Stärken der Außen- und Entwicklungspolitik zusammenbringt. Wir brauchen eine wirkliche 360°-Sicht auf globale Herausforderungen, welche die gesamte Weltgemeinschaft betreffen. Unabdingbar ist ein Verständnis von globalem Gemeinwohl, das nationale, regionale und lokale Konzepte von Gemeinwohl in Einklang bringt.



IMME SCHOLZ

ist seit Anfang April Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung. Dieser

Kommentar beruht auf ihrer Abschiedsrede als stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Ende März.

Twitter: @imme_scholz

www.boell.de



Vier Länder votierten mit Russland, aber 38 enthielten sich und zeigten so Distanz zum Westen.



Müllsammler verdienen mehr Aufmerksamkeit – informelle Mülldeponie bei Dakar im Senegal.

MULTILATERALISMUS

Eindämmung der Plastikflut

Die UN-Mitgliedstaaten stellen sich einer gewaltigen globalen Herausforderung. Sie planen einen rechtsverbindlichen Vertrag, um Plastikmüll zu reduzieren.

Von Rabson Kondowe

Täglich landen Unmengen an Plastik im Müll – und viel zu wenig davon wird recycelt. Bis es sich zersetzt, kann es mehr als ein Jahrhundert dauern. So trägt Plastik zur globalen Umweltkrise bei, die Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vernichtet. Ein erheblicher Teil der Verschmutzung ist giftig. Außerdem verunreinigen winzige Partikel die menschliche Nahrungskette.

Das Abfallproblem verschärft sich seit Jahrzehnten. Von den 9,2 Milliarden Tonnen Kunststoff, die von 1950 bis 2017 produziert wurden, sind laut UNEP (UN Environment Programme – UN-Umweltprogramm) etwa 7 Milliarden zu Abfall geworden. Jährlich fallen rund 300 Millionen Tonnen zusätzlicher Müll an, davon werden laut UNEP nur neun Prozent recycelt.

Es ist deshalb eine gute Nachricht, dass die UNEP-Jahresversammlung beschlossen hat, innerhalb von zwei Jahren einen Vertrag zu schließen, der zum bedeutendsten multilateralen Abkommen zu einem ökologischen Thema seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 werden könnte. Ein zwischenstaatlicher Ausschuss muss den Vertrag nun ausarbeiten und ratifizieren.

Der Vertrag soll Kunststoffe nicht verbieten, sondern den gesamten Lebenszyklus von Plastikwaren berücksichtigen – von den Produktionsprozessen über die Wiederverwendung und das Abfallrecycling bis hin zur Entsorgung. Einwegkunststoffe, häufig als Verpackungsmaterial genutzt, sollen schrittweise abgeschafft werden. Künftig sollten Kunststoffe zudem immer mit Blick auf ein einfaches und effektives Recycling hergestellt werden. Derzeit werden spezielle Kunststoffsorten für verschiedene Zwecke eingesetzt. Stärker standardisierte Produkte würden das Recycling erleichtern.

Ziel ist es, eine Kreislaufwirtschaft zu schaffen. Laut UNEP-Schätzungen könnte dies:

- die Menge der Kunststoffe, die in den Meeren landen, bis 2040 um mehr als 80 Prozent verringern,
- die Produktion von Neuplastik um 55 Prozent reduzieren und
- die kunststoffbedingten Treibhausgasemissionen mindern.

Länder mit niedrigen Einkommen sind stark von Plastikmüll betroffen. Obwohl sie selbst kaum Plastik produzieren und nutzen, bekommen sie die Folgen der Verschmutzung zu spüren. Länder mit hohem Einkommen exportieren einen Großteil ihres Abfalls. Nachdem China die Importe 2017 gestoppt hatte, sind vor allem afrikanische Länder zu Müllhalden geworden.

Für Angelo Louw von Greenpeace Africa ist die Plastikverschmutzung „eine Frage von Leben und Tod“. Überschwemmungen entstehen beispielsweise oft durch starke Regenfälle, die verstopfte Abwassersysteme überlasten. Plastikmüll ist ein wesentlicher Teil dieses Problems. Auch giftiger Rauch, der bei der Plastikverbrennung entsteht, sowie Giftstoffe, die sich aus zersetzendem Kunststoff lösen, spielen eine Rolle.

Die jüngste UNEP-Resolution fordert zudem, dass der Vertrag auch Müllsammler berücksichtigen muss. Sie sind meist in Armut gefangen und schuften in Entwicklungsländern im informellen Sektor. Sie leisten wichtige Arbeit, wurden aber bislang von Regierungen und Unternehmen weitgehend übersehen.

Der Vertrag will auch Mikroplastik angehen. Das sind winzige Kunststoffteile, die mit bloßem Auge oft nicht erkennbar sind. Es findet sich mittlerweile in den Ozeanen, im Gletschereis, in Böden und sogar in Lebensmitteln.

Es ist höchste Zeit, dass mehr passiert. Das Ziel 12.4 der SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung) lautet: „bis 2020 einen umweltverträglichen Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen während ihres gesamten Lebenszyklus in Übereinstimmung mit den vereinbarten internationalen Rahmenregelungen erreichen und ihre Freisetzung in Luft, Wasser und Boden erheblich verringern, um ihre nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf ein Mindestmaß zu beschränken“. Wird das neue Abkommen nach derzeitigem Plan verabschiedet, kommt es also vier Jahre zu spät – und es wird nur einen Teil der Herausforderungen rund um Kunststoffe angehen. Auch Farben, Lacke, Chemikalien in der Landwirtschaft und andere Anwendungen sind wichtig.

„Als junge Menschen brauchen wir eine sichere und saubere Umwelt für uns und kommende Generationen“, forderte die kenianische Klimaaktivistin Patricia Kombo vor der UNEP-Versammlung. Mit anderen Worten: Alle Aspekte des SDG-Ziels 12.4 müssen auf der Tagesordnung bleiben.



RABSON KONDOWE
ist freier Journalist aus Malawi.

kondowerabie@gmail.com



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C D+C Development and Cooperation

@development.and.cooperation · Zeitschrift

Mehr dazu

Startseite · Videos · Fotos · Info · Mehr

Info

Aus anzeigen

D+C Development and Cooperation is a website and print magazine on development and international cooperation. www.dandc.eu

Our mission is to provide a credible forum of debate, involving governments, civil society, the private sector and academia at an international level... [Mehr anzeigen](#)

214.547 Personen gefällt das.

214.620 Follower

<http://www.dandc.eu/>

Zeitschrift

Datenschutz

<http://www.dandc.eu/forum/>

Fotos

Aus anzeigen

FRÜHERER BEITRAG

D+C D+C Development and Cooperation

1. März um 16:13 · 19

Quality media are indispensable. People must be able to form opinions competently. They must also be free to express their views. At the same time, there must be limits to slander and fake-news propaganda. Find out more in our Digital Monthly on 'freedom of expression' <https://spk84y6T5884u7r>

Why the independent website Rappler has become indispensable in the Philippines

In India, hateful propaganda is distorting public discourse

Journalist Jeffrey... [Mehr anzeigen](#)





Überladener Lastwagen auf
Wüstenpiste im Tschad.

SCHWERPUNKT

Alltagsrisiken

„Impfen verhindert Krankheiten und trägt zur Armutsbekämpfung bei.“ **BENJAMIN M. KAGINA, S. 19**

„Die SDGs sind unerreichbar, wenn nicht auch informell Beschäftigte besseren Zugang zu sozialen Sicherungssystemen erhalten.“ **MARKUS LOEWER, S. 22**

„Mehr als ein Fünftel der Verkehrstoten, aber weniger als ein Sechstel der Weltbevölkerung entfallen auf die ‚Region Afrika‘.“ **BEN EZEAMALU, S. 24**

„Weltweit erkennen immer mehr Länder, wie wichtig Versicherungen sind.“ **DIRK REINHARD, S. 26**

„Gründe der Brandgefahr in Nepal sind ungeplante Verstädterung und schnelles Bevölkerungswachstum.“ **RUKAMANEE MAHARJAN, S. 28**

„Gewaltverbrechen befeuern die Nachfrage nach bewachten Wohnanlagen in Brasilien.“ **THUANY RODRIGUES, S. 30**

„Soziale Sicherungssysteme können Katastrophenfolgen abmildern.“ **MONIKA HELLSTERN, S. 32**

GESUNDHEITSWESEN

Schutz durch Impfung

Südlich der Sahara sind die Gesundheitswesen schwach. Impfungen helfen, Menschen sicherer leben zu lassen.

Von Benjamin Kagina

Impfen verhindert Krankheiten und trägt zur Armutsbekämpfung bei. Gut konzipierte Kampagnen stärken zudem die Kapazitäten des Gesundheitswesens generell. Deshalb hat die multilaterale World Health Assembly mit zivilgesellschaftlicher Unterstützung die Immunization Agenda 2030 (IA2030) beschlossen. Das Ziel ist eine Welt, in der Vakzine jeder und jedem altersunabhängig und überall vollständig zugutekommen.

Vor der Covid-19-Pandemie gab es in Afrika beachtliche Fortschritte. In den 1970er-Jahren schützten DTP3-Impfungen nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten. 2015 betrug die Quote dann 80 Prozent, ist aber seither kaum noch gestiegen. Der Kontinent ist auch bei der Eliminierung von neonatalem und mütterlichem Tetanus deutlich vorangekommen. Ein wichtiger Meilenstein war zudem, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) 2016 den Kontinent als frei von wildem Poliovirus bezeichnete.

Neue Impfstoffe wurden langsam, aber kontinuierlich eingeführt – gegen Rotavirus, Streptococcus pneumoniae and Humane Papillomviren (HPV). Immer mehr afrikanische Jugendliche werden gegen HPV geimpft.

Allerdings sind weiterhin 10 Millionen Kinder in Ländern mit niedrigen Einkommen ungeimpft. Die meisten dieser Länder sind in Afrika. Den Betroffenen drohen Kinderlähmung, Masern und Lungenentzündung. Dass mittellose Familien besonders betroffen sind, überrascht nicht. In der Tat leben zwei Drittel der ungeimpften Kinder unterhalb der internationalen Armutsgrenze. Arme Menschen profitieren am wenigsten von dem Schutz der modernen Medizin.

Die Coronapandemie bietet Verbesserungschancen, aber die Erfahrungen sind

bislang leider durchwachsen. Es gibt positive und negative Auswirkungen.

SCHATTENSEITEN

Armut und Ungleichheit sind schlimmer geworden. Entsprechend wird nun auch die Verwirklichung der IA2030 in Afrika schwerer fallen.

In der Anfangszeit der Pandemie wurden die etablierten Impfkampagnen 2020 unterbrochen, denn Priorität hatten Lockdowns und Ausgangssperren. Manche

erwünschte Nebenwirkung war also, dass andere Impfkampagnen in Hinsicht auf Logistik, Personal und Finanzierung beeinträchtigt wurden. Erfreulicherweise zeigen aktuelle Daten, dass die Standard-Immunsierungen in den meisten afrikanischen Ländern mittlerweile wieder Schwung bekommen haben. Das zeigt, dass das Gesundheitswesen stark sein muss, wenn in einer Pandemie Alltagsdienstleistungen beibehalten werden sollen. Diese Lektion sollten politische Entscheidungsträger beherzigen.

Leider hat in gewissem Maß das Vertrauen in Impfungen gelitten. Das neuartige Coronavirus sorgte weltweit für Aufregung, sodass viel Information ausgetauscht wurde, die aber oft nicht zuverlässig war. Der Begriff „Infodemie“ steht für eine Überdosis an häufig irreführenden Nachrichten im Internet und anderswo. Desinformation



Polio ist Geschichte – Impfungen in einem Lager für Binnenvertriebene in Nigeria.

Länder setzten die Immunsierungen sogar komplett aus. Andererseits blieben aber die Menschen aus Angst vor Covid-Ansteckung auch den oft überfüllten Gesundheitszentren fern. Ende 2020/Anfang 2021 standen Afrikas Gesundheitssysteme unter hohem Druck. Ihr Personal war wegen der vielen Überstunden erschöpft.

Auf der Basis der bestehenden Strukturen starteten 2021 dann die ersten Covid-Impfungen. Nötig waren dafür neue Kühlketten, Fachkräfte und Geld. Die un-

steht dabei für absichtliche Irreführung und Fehlinformation für unbeabsichtigte Verwirrung. Beides kommt weltweit vor.

Als es mit Covid-Impfungen ernsthaft losging, wurde deutlich, dass die Infodemie sich auf Afrika auswirkt. Leider beeinträchtigt sie auch das Vertrauen in herkömmliche Impfstoffe. Zuvor hatte der Kontinent kaum Impfskeptiker, aber nun sind ihre Stimmen lauter geworden und finden auch einen gewissen Anklang. Das gilt besonders dort, wo Regierungen Impfpflichten erwogen haben.

Offensichtlich ist mehr Aufklärung nötig, was Behörden aber auch Chancen bietet, enger mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zu kooperieren.

Problematisch ist obendrein, dass seit Pandemiebeginn die Forschung sich in hohem Maße von anderen Krankheiten abwandte und mehr Geld und Mühe in Coronastudien steckte. Gut daran war, dass die neue Krankheit relativ schnell verstanden wurde und in Rekordzeit Vakzine entwickelt wurden. Der Preis dafür war aber, dass weniger für die Erforschung der Krankheiten getan wurde, die vor allem Länder mit niedrigen Einkommen plagten. Afrika braucht afrikaspezifische medizinische Studien. Es ist nicht gut, dass unsere Bedürfnisse typischerweise hinter denen der Länder mit hohen Einkommen zurückstehen müssen.

Ein Grundprinzip der IA2030 ist nationalstaatliche Verantwortung für die Impfpolitik. Um sie gut zu konzipieren, sollten sich Regierungen auf örtliche Evidenz stützen. Wichtig ist dabei die Beratung durch die National Immunization Technical Advisory Groups (NITAGs – nationale impftechnische Beratungsgruppen). Leider haben manche afrikanische Länder nun spezielle Expertenkomitees nur für Coronavakzine einberufen. Es wäre besser gewesen, die NITAGs zu stärken und dort, wo es noch keine gibt, sie endlich einzurichten.

LICHTBLICKE

Die Pandemie hat weltweit die Forschung und Entwicklung auf bisher einmalige Weise beschleunigt. Nur etwa fünf Prozent der klinischen Erprobung (145 von mehr als 3000 Studien) lief in Afrika, was aber dennoch eine gute Grundlage ist, auf der wir aufbauen können. Selbstredend wären mehr afrikanische Tests noch besser gewesen, aber alles, was diesbezüglich geschieht, stärkt die fachlichen Voraussetzungen und die Infrastruktur für medizinische Forschung in unserer Weltregion.

Wichtig ist auch, dass innovative Vakzine Afrika früher erst ein Jahrzehnt nach der Einführung in Hocheinkommensländern erreichten. Diesmal war das schon nach sechs Monaten der Fall. Die Impfquoten sind auf diesem Kontinent immer noch niedrig, aber sie sind höher, als nach bisherigen Erfahrungen zu erwarten war. Dazu trugen verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen bei.



Covid-19-Impfzentrum Ende 2021 in Senegals Hauptstadt Dakar.

Das Ziel der IA2030 ist eine Welt, in der jede und jeder altersunabhängig und überall die vollen gesundheitlichen Vorteile von Vakzinen genießt. Die Erfahrungen mit Coronaimpfungen und die dafür getätigten Investitionen werden helfen, die gesamte junge Bevölkerung Afrikas zu schützen.

Der Kontinent hat 14 Prozent der Weltbevölkerung, aber nicht einmal 0,1 Prozent der Impfstoffherstellung. Covid hat gezeigt, wie verwundbar wir sind. Die unzureichende Impfstoffversorgung hat ernsthafte Debatten in der Fachwelt ausgelöst und zu dem Konsens geführt, dass die Produktion in Afrika deutlich steigen muss (siehe Box nächste Seite).

2021 veranstalteten die Kommission der Afrikanischen Union mit den Africa Centres for Disease Control (Africa CDC) einen zweitägigen Gipfel. Es ging darum, nach der Pandemie mit größerem Ehrgeiz bessere und umfangreichere Kapazitäten für die Vakzinfertigung zu schaffen. Entsprechend kooperiert nun die African Vaccine Manufacturing Initiative (AVMI) mit internationalen Partnern, zu denen auch die WHO gehört. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung war, dass ein Zentrum für mRNA-Technologietransfer in Südafrika eingerichtet wurde. Viele Fragen sind zwar noch ungeklärt, aber die Dinge sind in Bewegung geraten, und die Wahrscheinlichkeit, dass Afrika in der nächsten Gesundheitskrise wieder ganz hinten in der Schlange steht, ist jetzt kleiner als je zuvor.

Die Pandemie hat neue Partnerschaften auf globaler, regionaler und nationaler Ebene entstehen lassen. Zusammenarbeit machte es möglich, Impfstoffe schnell zu entwickeln. Afrika hat nun viele neue Konsortien für relevante Angelegenheiten wie Finanzmonitoring und Impfstoffbeschaffung. Es gibt neue Netzwerke für die Koordination der Datenerhebung, den Informationsaustausch und für Öffentlichkeitsarbeit. Vertreter vieler Länder haben sich zusammengetan, um einschlägige Probleme anzugehen, was mit Sicherheit für alle beteiligten Staaten gut sein wird. Tatsächlich kann sich als Vorteil dieser schrecklichen Pandemie noch erweisen, dass sich die Spielregeln auf dem Kontinent geändert haben.

Selbst die Reisebeschränkungen könnten eine unerwartete, aber erfreuliche Nebenwirkung haben. Angehörige der reichen Eliten waren gewohnt, für ärztliche Behandlung nach Europa zu fliegen. Nun mussten sie am eigenen Leib erfahren, wie wichtig das heimische Gesundheitswesen ist.



BENJAMIN M. KAGINA arbeitet als Senior Research Officer für die Vaccines for Africa Initiative (VACFA) der medizinischen Fakultät der Universität Kapstadt. Er leitet den Support Hub für NITAGs (National Immunization Technical Advisory Groups).

benjamin.kagina@uct.ac.za

Offene Impfstofffragen

Als Ende Februar der sechste Gipfel von Afrikanischer Union und EU in Brüssel stattfand, genossen in Afrika etwa 11 Prozent der Menschen Corona-Impfschutz, während die Raten in der EU zwischen 60% und 90% schwankten. Die Politiker versprachen, die Lage in Afrika werde sich bessern.

Der wichtigste Grund ist, dass Länder mit hohem Einkommen mittlerweile mehr Vakzindosen produzieren, als sie selbst verwenden. Hams-tern wird also weniger wichtig. Die Zeit, in der Impfdosen vor Ablauf afrikanischen Ländern gespendet wurden, dürfte zu Ende gehen. Insgesamt wird die Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern für Länder mit niedrigem Einkommen wieder besser berechenbar. Langfristig dürfte auch relevant sein, dass Moderna und BioNTech, die beiden Unternehmen mit den innovativen mRNA-Impfstoffen, eine Produktion in Afrika planen. Laut zivilgesellschaftlichen Fachleuten wird sich das aber erst in

zwei Jahren praktisch auswirken. Einige Beobachter klagen auch, für Technologietransfer jenseits der eigenen Herstellung bringe das nicht viel.

In Brüssel beharrten EU-Politiker weiterhin auf Patentschutz. Also wird die Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) diesen nicht aussetzen können (siehe

auch Dossier auf www.dandc.eu). Zugleich gibt es aber europäische Unterstützung für eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization), die Ländern mit niedrigem Einkommen Zugang zur modernen Technik verschaffen soll. Sie hat in Südafrika einen „mRNA Vaccine Technology Transfer Hub“ eingerichtet. Moderna und BioNTech haben Kooperationsvorschläge mit dem Hub abgelehnt.

Dennoch meldete der Hub im Februar, er habe das Moderna-Vakzin repliziert. Auf dieser Basis soll ein neuer Impfstoff entstehen, und klinische Tests sollen noch 2022 starten. Später wäre dann die Produktion in afrikanischen Ländern möglich.

Modernas kürzlich abgelegtes Versprechen, es werde in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Durchschnittseinkommen seine einschlägigen Patente nie gesetzlich durchsetzen, kann somit relevant werden.

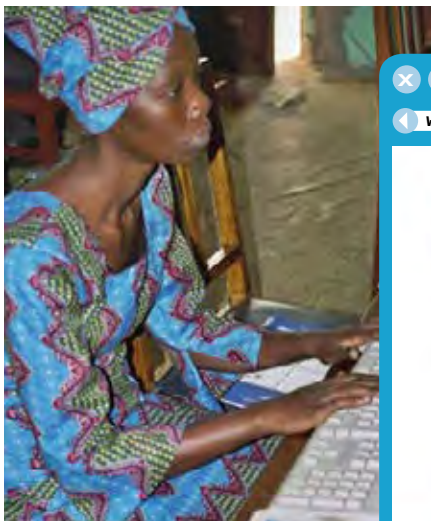
Normalerweise ist so eine Aussage unwichtig, weil zur Pharmaherstellung Patente nicht reichen, sondern auch Know-how nötig ist. Angesichts des bekannten Forschungsstandes in Südafrika scheint das nun anders. Allerdings hat Südafrika ein höheres mittleres Durchschnittseinkommen, sodass Moderna dort nicht auf Patentschutz verzichtet hat. Südafrikanisches Recht erlaubt zwar für Forschungszwecke den Nachbau geschützter Produkte, laut zivilgesellschaftlicher Einschätzung bleiben aber viele Fragen offen.

D+C/E+Z



Eine Präsidentin und zwei Präsidenten: Ursula von der Leyen (EU-Kommission), Macky Sall (Senegal) und Emmanuel Macron (Frankreich).

Foto: picture-alliance/AA/Dursun Aydemir



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



INFORMELLER SEKTOR

Soziale Sicherheit für alle

In Ländern mit niedrigem oder mittlerem Pro-Kopf-Einkommen sind viele Menschen nicht gegen Krankheiten, Arbeitslosigkeit und Umweltkatastrophen abgesichert – vor allem, wenn sie informell beschäftigt sind. Es ist höchste Zeit, flächendeckend universelle Sozialsysteme aufzubauen.

Von Markus Loewe

Covid-19 hat die Welt um Jahre zurückgeworfen beim Versuch, extreme Armut auszurotten und Ungleichheiten abzubauen. Bereits zuvor war es wenig wahrscheinlich, dass diese Ziele bis 2030 erreicht werden, wie es die Agenda 2030 der UN vorsieht. Nun aber müsste sich hierfür das globale Wachstum sehr stark beschleunigen – und alle Regierungen der Welt müssten auch noch massiv in umverteilende Sozialtransfersysteme investieren.

Noch immer lebt ein beträchtlicher Teil der Menschheit dauerhaft unter der Armutsgrenze – und dieser Anteil ist zuletzt wieder gestiegen. Eine noch größere Herausforderung ist die enorme Zahl der sogenannten transitorisch Armen. Sie leben zeitweise knapp über der Armutsgrenze, fallen aber immer wieder darunter. Grund dafür sind Schocks wie Krankheiten, Unfälle oder Arbeitslosigkeit. Sie führen dazu, dass Einkommen einbrechen oder sehr hohe Ausgaben anstehen.

Um solche Schocks zu bewältigen, müssen die Betroffenen ihren Konsum einschränken, Land oder Maschinen verkaufen, Kinder zur Arbeit schicken oder ungesunde Erwerbstätigkeiten annehmen, was wiederum ihre Zukunftschancen schmälert. Selbst wer es schafft, sich wieder aus extremer Armut zu befreien, ist in Gefahr, schon beim nächsten Schock wieder abzurutschen.

ABSICHERUNG DER ALLTAGSRISIKEN

Systeme der sozialen Sicherung schützen hiervor. Im Falle der genannten Schocks leisten sie Kompensationszahlungen an die Betroffenen und bewahren diese vor allzu

schlimmer Verarmung, wenn diese nicht mehr arbeiten können oder hohe Gesundheitsausgaben tätigen müssen. Systeme der sozialen Sicherung können vom Staat, von Unternehmen oder Selbsthilfegruppen organisiert werden. Das Besondere an staatlichen Sozialsystemen ist, dass die Mitgliedschaft vorgeschrieben wird und dadurch auch Umverteilung von reicheren zu ärmeren Mitgliedern stattfinden kann. Außerdem können sie auch aus dem Staatshaushalt finanziert werden, sind also, anders als private Versicherungen, nicht notwendigerweise auf Beitragseinnahmen angewiesen. Dadurch können sie auch Menschen mit geringem Einkommen absichern, die nicht in der Lage sind, Beiträge zu leisten.

Noch immer haben aber große Teile der Bevölkerung in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Pro-Kopf-Einkommen keinen Zugang zu adäquaten Systemen der sozialen Sicherung. Fast alle Länder der Welt haben mittlerweile Sozialversicherungssysteme, diese sind aber weitgehend auf die Bedarfe und Möglichkeiten der formell beschäftigten Arbeitnehmer zugeschnitten.

Informell Beschäftigte, die ja ohne Arbeitsvertrag oder auf eigene Rechnung arbeiten, sind nirgendwo registriert, und sie haben keinen Arbeitgeber, der Sozialversicherungsbeiträge für sie abführen könnte. Außerdem sind ihre Einkommen oft zu niedrig und zu volatil, als dass sie überhaupt regelmäßige Beiträge zahlen könnten. In Ländern mit mittlerem Pro-Kopf-Einkommen machen sie 30 bis 60 Prozent der Bevölkerung aus und in Ländern mit geringem Pro-Kopf-Einkommen bis zu 90 Prozent. Dadurch sind beispielsweise mehr als die Hälfte aller Menschen weltweit nicht gegen Arbeitslosigkeit abgesichert, wie der World Social Protection Report 2020–22 berichtet. In Subsahara-Afrika sind es sogar 95 Prozent.

Einige Länder haben Versuche unternommen, um zumindest die Krankenversicherung stärker auf den informellen Sektor auszuweiten (siehe Kasten, S. 25). In fast allen Ländern gibt es zudem steuerfinanzierte Sozialhilfe- und Beschäftigungsprogramme, die ärmere Haushalte unterstützen sollen. Davon profitieren aber aufgrund des begrenzten Budgets meist nur kleine Teile der Bevölkerung. Hinzu kommt: In vielen Ländern ist der Anteil der Transferempfänger unter den Wohlhabenden fast genauso hoch wie unter den Ärmsten, auch weil verlässliche Daten zu Einkommen und Wohlstand fehlen. Dagegen ist es für notleidende



Hirte inmitten einer Herde toter Ziegen und Schafe in einer Region in Kenia, die unter Wetterextremen leidet.

Haushalte oft ein Glücksspiel, Hilfe von Sozialämtern zu empfangen.

NACHHALTIGKEITZIELE IN GEFAHR

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN (Sustainable Development Goals – SDGs) sind unerreichbar, wenn nicht auch informell Beschäftigte besseren Zugang zu sozialen Sicherungssystemen erhalten. In den meisten Ländern kann dies nur mit universellen, steuerfinanzierten Sozialsystemen gelingen, insbesondere:

- öffentlichen Gesundheitssystemen oder Krankenversicherungen mit stark subventionierten Beitragssätzen,
- sozialen Grundrentensystemen für Menschen über 65 Jahre und für Erwerbsunfähige,
- einem universellen Kindergeld und
- Beschäftigungsprogrammen (Cash-For-Work-Programmen).

Ein Paket aus diesen vier Elementen empfehlen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bereits seit 2012 unter dem Stichwort „Basic Social Protection

Floor“. Es ist an der Zeit, dass alle Länder ein solches Paket schnüren, soweit sie nicht bereits hierüber verfügen. Für die internationale Gebergemeinschaft sollte es Priorität haben, diese Länder hierbei technisch und finanziell zu unterstützen.



MARKUS LOEWE
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Deutschen
Institut für Entwicklungspolitik
(DIE) in Bonn.

markus.loewe@die-gdi.de

Gesundheitssysteme finanzieren

Laut World Social Protection Report 2020–22 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist ein Drittel aller Menschen nicht gegen Gesundheitsrisiken abgesichert, in Subsahara-Afrika sogar mehr als 80 Prozent. Viele können sich Besuche beim Arzt oder im Krankenhaus nicht leisten und müssen sich für lebensnotwendige Behandlungen überschulden. Universelle Systeme der Gesundheitssicherung würden dagegen helfen. Sie lassen sich über Steuern finanzieren – oder über Mitgliedsbeiträge, wobei auch hier fast immer eine Quersubventionierung nötig ist.

Einige Länder mit niedrigem oder mittlerem Pro-Kopf-Einkommen setzen auf steuerfinanzierte nationale Gesundheitssysteme – teils statt, teils zusätzlich zu beitragsfinanzierten Krankenversicherungen. Im Idealfall versprechen diese allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Diagnose und Behandlung wichtiger Krankheiten.

Allerdings treten oft erhebliche Mängel auf. Zum Beispiel werden zahlreiche medizinische Dienstleistungen häufig nur in Metropolen an-

geboten, die für große Teile der Bevölkerung zu weit entfernt liegen. Hinzu kommen lange Wartezeiten, schlechte Hygiene und eine insgesamt niedrige Qualität der Leistungen. Vor allem ist die Rechenschaftspflicht der Beschäftigten oft gering, und kaum jemand traut sich, Patientenrechte einzuklagen. Viele, die es sich leisten können, nehmen deshalb kostenpflichtige Dienstleistungen privater Anbieter in Anspruch. Zum Teil kostet eine gute Behandlung schlichtweg extra und ist nur für Besserverdiener erschwinglich.



Krankenstation in Tansania, 2021.

Für die Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge spricht, dass Krankenversicherte ihnen zustehende Dienstleistungen eher einfordern, weil sie über Mitgliedschaftskarten verfügen – selbst wenn sie nur symbolische oder gar keine Beiträge einzahlen. Das ist etwa aus Indien bekannt. Tatsächlich reichen die Beiträge, die viele Menschen – vor allem informell Beschäftigte – zahlen können, oft nicht aus, um eine Versicherung zu finanzieren. Außerdem entstehen Kosten durch die Verwaltung der Mitgliedschaften.

Ohne substanzielle Quersubventionierung können Krankenversicherungen in vielen Ländern nur eine überdurchschnittlich gut verdie-

nende Minderheit der Bevölkerung vor Gesundheitsrisiken schützen. Da viele Empfänger kaum zur Finanzierung beitragen können, muss fast überall massiv subventioniert werden. Beispielsweise finanziert Thailand die soziale Krankenversicherung ganz überwiegend aus Steuermitteln – schaffte es aber, sie auf große Teile des informellen Sektors auszuweiten. In Vietnam wird die Krankenversicherung für informell Beschäftigte aus jener für den formellen Sektor quersubventioniert. Auch in der Mongolei oder in Indien sind die Subventionen hoch. Nur in Ländern, in denen Krankenversicherte im Schnitt deutlich mehr einzahlen können, klappte bislang die Ausweitung mit nur mäßiger Quersubventionierung. Ein Beispiel dafür ist Tunesien.

Wenn Länder vorhaben, Krankenversicherungssysteme auf Beschäftigte im informellen Sektor auszuweiten, benötigen sie starken Reformwillen. Die Widerstände sind oft groß. Werden neue, einkommensschwächere Gruppen in die Systeme aufgenommen, haben viele langjährige Mitglieder Angst, dabei zu verlieren. Zudem sorgen sich Finanzpolitiker und externe Geberinstitutionen um die Kosten für den Staat.

ML



Schlechte Infrastruktur macht Unfälle wahrscheinlicher – umgestürzter LKW in Uganda Ende 2020.

VERKEHRSSICHERHEIT

Viele Todesopfer

Nach Schätzungen der WHO entfällt mehr als ein Fünftel aller Verkehrstoten weltweit auf afrikanische Länder, obwohl dort nur knapp ein Sechstel der Weltbevölkerung lebt. Der globale Erfolg des entsprechenden SDG-Ziels hängt somit von Afrika ab.

Von Ben Ezeamalu

Nach Angaben des African Road Safety Observatory (ARSO) hat sich die Zahl der Verkehrstoten in 13 afrikanischen Ländern von 2016 bis 2019 kaum verändert. Die ARSO zählte 37 379 Todesfälle im Jahr 2016 und 37 168 im Jahr 2019. Statistiken der WHO (World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation) verzeichnen für diese Länder allerdings 121 718 Todesfälle allein im Jahr 2016.

Solche Diskrepanzen zeigen, dass genaue und vollständige Daten zur Verkehrssicherheit in Afrika fehlen. Das von der Afrikanischen Union (AU) geführte ARSO stützt sich auf Regierungsstatistiken, die meist von der Polizei bereitgestellt werden. Die WHO hingegen erstellt Schätzungen auf Ba-

sis von Informationen aus Krankenhäusern und Gesundheitszentren. Nach Angaben der ARSO konnten acht der 22 Länder, die 2019 befragt wurden, die Todesopfer nicht beziffern. Drei Länder meldeten zwar Todesopfer, hatten aber keine Daten über Unfälle und nichttödliche Verletzungen.

Diese Probleme sind in Ländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Durchschnittseinkommen weltweit verbreitet. Die UN-Generalversammlung hat deshalb die WHO damit betraut, die Fortschritte bei der Straßenverkehrssicherheit zu überwachen. Deren Verbesserung ist auch Teil der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals). Ziel 3.6 ist die Halbierung der Zahl der Toten und Verletzten bei Straßenverkehrsunfällen bis 2030.

Weil die Systeme zur Erfassung der Sterblichkeit so unterschiedlich sind, schätzen die WHO und andere internationale Organisationen die Todesfälle mittels mathematischer Modelle. Wo die nationalen Meldesysteme gut sind und die Lage vor Ort genau beobachten, liefern sie zuverlässigere

Zahlen. In Afrika liegen die WHO-Schätzungen jedoch etwa viermal höher als die offiziellen Zahlen. In einzelnen Ländern ist die Abweichung sogar noch deutlich größer.

Die Dunkelziffer ist ein großes Problem. Polizeiliche Aufzeichnungen sind die wichtigste Datenquelle für Verkehrsunfälle und Verletzungen – allerdings meldet die Polizei nicht alle. Oft wird sie nicht einmal über einen Unfall informiert. Außerdem sind ihre Ressourcen begrenzt und in vielen Ländern sogar rückläufig. Oft räumen die Strafverfolgungsbehörden anderen Dingen Vorrang vor Verkehrsunfällen ein. Das kann zur Folge haben, dass sie nur Unfälle mit Todesopfern dokumentieren und Schwerverletzte unterschlagen. In ländlichen Gebieten mit geringer Polizeipräsenz ist die Berichterstattung besonders schlecht.

Forschende haben die beiden wichtigsten Datenquellen zur Straßenverkehrssicherheit in Äthiopien miteinander verglichen. Sie fanden heraus, dass die Polizei bis zu 60 Prozent der Verkehrstoten erfasste, aber höchstens 24 Prozent der Verletzten. Die Krankenhausdaten hingegen zeigten nur ein Drittel der Todesfälle, aber mehr als die Hälfte der Verletzungen. Ein Grund für diese Verzerrung ist, dass diejenigen, die am Unfallort starben, meist gar nicht in ein Krankenhaus gebracht wurden.

Die Studie ergab auch, dass zu wenig berichtet wird. Besonders schlecht war die Polizeiberichterstattung bei Daten über Todesfälle und Verletzungen von jungen und weiblichen Opfern sowie Menschen, die mit Rad, Motorrad oder zu Fuß unterwegs waren. Die Studie kam zu dem Schluss, dass keines der beiden Datensysteme unabhängig voneinander die Todesfälle und Verletzungen im Straßenverkehr genau erfasst.

Laut dem 2018 von der WHO veröffentlichten Global Status Report on Road Safety verlieren jedes Jahr weltweit 1,35 Millionen Menschen ihr Leben durch Verletzungen im Straßenverkehr. Im Jahr 2018 waren mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Verkehrstoten „ungeschützte Verkehrsteilnehmer“, also beispielsweise zu Fuß, mit dem Rad oder auf Zwei- und Dreirädern unterwegs.

VERGLEICHSWEISE WENIGE KFZ

In afrikanischen Ländern gibt es eher wenige Kraftfahrzeuge pro Kopf. In Südafrika, dem wohlhabendsten Land südlich der Sahara, sind es etwa 170 pro 1000 Einwohner.

In Nigeria, einem Land mit niedrigen mittleren Durchschnittseinkommen, sind es etwa 60. In Ländern mit niedrigen Einkommen wie etwa Tansania, Gambia oder Malawi liegen die Zahlen im einstelligen Bereich. In den USA liegt diese Zahl bei über 800, in Deutschland bei knapp 600 und in den Niederlanden bei 500.

Dennoch sind Straßen in Afrika besonders gefährlich. Mehr als ein Fünftel der Verkehrstoten, aber weniger als ein Sechstel der Weltbevölkerung entfallen auf die „Region Afrika“ nach Definition der WHO, also ohne Länder wie Ägypten, Tunesien und einige andere. Der Erfolg der SDGs im Hinblick auf Straßenverkehrssicherheit hängt also von Afrika ab.

In einem Bericht stellte das von der AU geleitete Africa Transport Policy Program (SSATP) 2021 fest: „Die meisten der bestehenden Datenerfassungssysteme konzentrieren sich hauptsächlich auf Insassen von Fahrzeugen und liefern Zahlen, die sich erheblich von denen unterscheiden (und in der Regel niedriger sind), die aus mathematischen Modellen abgeleitet werden, die länderspezifische sozioökonomische Variablen verwenden.“ 2014 hatte das SSATP eingeräumt, dass sich die Verkehrssicherheit in Afrika verschlechtert hat und zu einem großen Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents geworden ist. Der Entwicklungserfolg hängt also von der Verbesserung der Verkehrssicherheit ab.

Leider steigt das Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, jedes Jahr. Laut

WHO stieg die Zahl der Todesopfer pro 100 000 Einwohner von 24,1 im Jahr 2010 auf 26,6 im Jahr 2016. Ein Grund ist, dass der Autoverkehr zunimmt. Das Sterberisiko in Afrika ist jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Innerhalb der Subregionen hat sich seit 2010 kaum etwas verändert. Der weltweite Wert lag 2016 bei 18,2.

Die Ursachen für Verkehrsunfälle sind in Afrika größtenteils dieselben wie anderswo. Dazu zählen etwa Geschwindigkeitsüberschreitungen, Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss, Nichtanlegen von Sicherheitsgurten in Autos und Helmen auf Motorrädern oder sich beim Fahren ablenken zu lassen.

Eine schlechte Infrastruktur verschärft diese Probleme. Die Straßen haben meist zu wenige Spuren und oft keine Gehwege. Fehlende Straßenbeleuchtung kann nachts tödlich sein. Schlaglöcher sind keine Seltenheit, und bei schweren Unfällen kommt es oft zu Staus. Krankenwagen sind rar und bleiben nur allzu oft im Stau stecken. Von Hubschraubern können viele Ersthelfer nur träumen. Auch sonst sind die Gesundheitssysteme schwach, sodass Patienten oft keine zeitgemäße Behandlung erhalten, die Leben retten oder Langzeitfolgen mildern könnte. Außerdem sind in vielen Fällen weder die Unfallverursacher noch die Verletzten versichert.

Erschwerend kommt hinzu, dass Autos und Lastwagen oft in schlechtem Zustand sind, zum Beispiel sind Beleuchtung oder Bremsen mangelhaft. Zudem werden

Fahrzeuge oft mit zu vielen Insassen und zu viel Fracht überladen.

POLITIK IST WICHTIG

Staatliche Maßnahmen können helfen. Gesetze müssen gut konzipiert, kompetent überwacht und strikt durchgesetzt werden. Zu einem gewissen Grad stellen sich die afrikanischen Länder dieser Herausforderung, aber viele haben noch einen langen Weg vor sich.

Alle 13 vom ARSO 2016 und 2019 befragten Länder gaben an, dass ihre Regierungen nationale Gesetze zu diesem Thema verabschiedet hatten. Sie schränken den Drogenkonsum am Steuer ein und regeln die Nutzung von Mobiltelefonen und Helmen. Es gab auch Gesetze gegen Trunkenheit am Steuer, allerdings schrieb nur ein Land das Anlegen von Sicherheitsgurten gesetzlich vor.

Von den weiteren 22 Ländern, die 2019 befragt wurden, bestätigten 16, dass eine Regierungsbehörde oder ein Ministerium mit der Straßenverkehrssicherheit betraut wurde. Sieben gaben an, nationale Strategien für die Straßenverkehrssicherheit verabschiedet zu haben. In nur zwei Fällen waren diese Strategien jedoch vollständig finanziert.



BEN EZEAMALU
arbeitet als Journalist für die Premium Times in Lagos.
ben.ezeamalu@gmail.com
Twitter: @callmebenfigo



Please visit our
website
www.DandC.eu





Reisernte in Bangladesch: Agrarversicherungen schützen vor Klimarisiken.

(Mikroversicherungen) als auch regionale oder staatliche Versicherungssysteme (etwa Kranken- oder Agrarversicherungen) sowie internationale Systeme (etwa ARC – African Risk Capacity). Je größer die Kundenzahl und regionale Verteilung ist, desto besser lassen sich die Risiken verteilen. Kern der Versicherung ist die Zahlung einer Prämie an einen Risikoträger. Sie wird errechnet unter Berücksichtigung der möglichen Schadenhöhe, Eintrittswahrscheinlichkeit sowie Betriebskosten und Gewinnmarge.

Doch nicht alle können sich eine solche Prämie leisten, weshalb häufig Subventionen ins Spiel kommen. Die Bandbreite von Inclusive Insurance reicht deshalb von rein privatwirtschaftlich organisierten Versicherungen über PPPs (public private partnerships – öffentlich-private Partnerschaften) bis hin zu den sozialen Sicherungssystemen (siehe Beitrag von Markus Loewe auf Seite 24 dieser Ausgabe).

Inklusive Versicherungen haben sich in Wellen entwickelt: Um die Jahrtausendwende spielten Lebensversicherungen in Kombination mit Krediten eine große Rolle, häufig angeboten von Mikrofinanzinstitutionen (MFIs – microfinance institutions). Danach kamen Versicherungen auf, die von Mobilfunkunternehmen – oft als Instrument der Kundenbindung – vertrieben wurden. Im Zuge der Digitalisierung sind inklusive Versicherungen inzwischen zunehmend in Online-Plattformen wie die indonesische Gojek eingebunden.

Im globalen Südens ist der Zugang zu inklusiven Versicherungen ausbaufähig. Das zeigt auch die Studie „Landscape of Microinsurance 2021“ des Microinsurance Network. Demnach genossen in 30 untersuchten Ländern nur zwischen sechs und 14 Prozent der Zielbevölkerung solchen Versicherungsschutz (Merry 2021, siehe Tabelle). Am weitesten verbreitet war dabei die

FINANZWIRTSCHAFT

Versicherungen für jede und jeden

Angesichts von Klimakrise und Pandemie benötigen die unteren Einkommensschichten dringender denn je besseren Zugang zu bezahlbaren Versicherungen. Immer mehr Länder erkennen, dass solche inklusiven Versicherungen eine zentrale Rolle für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung spielen.

Von Dirk Reinhard

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie erholt sich die Weltwirtschaft nur langsam und ungleichmäßig. Die Weltbank schätzt, dass die Pandemie bis zu 120 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut stürzen wird. Zugleich bedroht die Klimakrise die Existenzen von Milliarden Menschen im globalen Südens, die hauptsächlich von Einkünften

aus der Landwirtschaft abhängen. Nach wie vor hat nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung Zugang zu adäquater Absicherung gegen die wichtigsten Lebensrisiken wie Krankheit oder Verlust der Ernte.

Versicherungen für untere Einkommensschichten waren ursprünglich als „Mikroversicherungen“ bekannt, heute spricht man mehr von „inklusive Versicherungen“ (Inclusive Insurance). Sie beschreiben bezahlbare und für alle zugängliche Absicherungen gerade für diejenigen, die entlang der Armutsgrenze wirtschaften. Sie haben ohne Absicherung im Ernstfall das höchste Risiko, wieder in die Armut zurückzufallen.

Inklusive Versicherungen beinhalten sowohl Lösungen auf Individualebene

Region	Anzahl der Menschen mit Mikroversicherung	Anteil der erreichten Zielgruppe	Geschätzte Größe des Mikroversicherungsmarktes in den Zielländern (USD)	Anteil des abgedeckten Mikroversicherungsmarktes
Afrika	17-37 Millionen	4-9 %	5,0 Milliarden	11 %
Asien	147-300 Millionen	7-15 %	7,7 Milliarden	4 %
Lateinamerika und Karibik	14-40 Millionen	4-12 %	6,8 Milliarden	4 %
Alle Regionen	179-377 Millionen	6-14 %	19,4 Milliarden	6 %

Geschätzter Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Mikroversicherungen in ausgewählten Weltregionen (Quelle: Merry 2021).

Krankenversicherung, gefolgt von Unfall-, Lebens- und Kreditversicherungen.

Weltweit erkennen immer mehr Länder, wie wichtig Versicherungen für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sind. Wie die Access to Insurance Initiative berichtet, haben mittlerweile 40 Länder Regulierungen, die das Angebot von – und die Nachfrage nach – Versicherungen auch in unteren Einkommensschichten unterstützen.

Eine zentrale Herausforderung besteht darin, Versicherungsanbieter für diese Zielgruppe zu interessieren. Sie müssen erkennen, dass am unteren Ende des Marktes mehr Wachstum möglich ist als am tendenziell gesättigten oberen Ende. Auf der Nachfrageseite gibt es das Problem, dass Menschen mit niedrigem Einkommen Geld nur für das Allernotwendigste ausgeben und ungern in den Schutz vor einer Gefahr investieren, die vielleicht gar nicht eintritt.

Für Agrarversicherungen zeigt sich: Die Chancen, dass sie viele Menschen erreichen, steigen, wenn sie:

- von der jeweiligen Regierung unterstützt werden und
- weitere Dienstleistungen integrieren.

So hat beispielsweise das indische Agrarversicherungssystem PMFBY mehrere Millionen Bäuerinnen und Bauern versichert. Der Staat unterstützt das Programm mit Prämiensubventionen.

Beispiele aus der Karibik zeigen zudem: Die allgemeine Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft steigt, wenn verschiedene Ansätze des Risikomanagements kombiniert werden. Dafür sollten Privatsektor und Staat eng zusammenarbeiten.

Erfolg versprechen folglich nationale Strategien zur finanziellen Inklusion (National Financial Inclusion Strategies). Sie binden Stakeholder ein und helfen dabei, Versicherungsmärkte strategisch zu entwickeln. Aufsichtsbehörden sollten dabei auf der Höhe der technologischen Entwicklung sein, um Verbraucherschutz in Einklang zu bringen mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen.

Die Pandemie schwächt zwar die globale finanzielle Inklusion, sie eröffnet jedoch auch Chancen für die Digitalisierung (siehe Kasten) und weitere PPPs. Nennenswerte Initiativen sind unter anderen:

- die InsuResilience Global Partnership,
- das Insurance Development Forum sowie
- die 2021 gestartete Insurance and Risk Finance Facility des UNDP (United Nations Development Programme).

Die InsuResilience Global Partnership will bis 2025 zusätzlich 500 Millionen Menschen durch Klimaversicherungen absichern – und das UNDP-Vorhaben unterstützt sie dabei.

Um die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen, kommt Versicherungen eine bislang unterschätzte Rolle zu. Sie machen Gesellschaften widerstandsfähiger, indem sie bezahlbares Risikomanagement ermöglichen. Die Branche gehört deshalb auf die internationale Entwicklungsagenda, damit sie weltweit ihr volles Potenzial entfalten kann – und zwar besonders zugunsten vulnerabler Gruppen.

LINKS

InsuResilience Global Partnership Vision 2025:
https://www.insuresilience.org/wp-content/uploads/2021/11/vision2025_211022.pdf
Merry, A., 2021 (Hg. v. Microinsurance Network):
The Landscape of Microinsurance.
<https://microinsurancenet.org/resources/the-landscape-of-microinsurance-2021>
Münchener Rück Stiftung – Inclusive Insurance:
https://www.munichre-foundation.org/en/Inclusive_insurance.html



DIRK REINHARD
 ist stellvertretender
 Geschäftsführer der
 Münchener Rück Stiftung.
[dreinhard@munichre-](mailto:dreinhard@munichre-foundation.org)

[foundation.org](https://www.munichre-foundation.org)

Digitale Mikroversicherungen

Beim Abschluss von Versicherungen spielt der persönliche Kundenkontakt nach wie vor eine große Rolle. Das gilt auch für untere Einkommensschichten in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Pro-Kopf-Einkommen. Was eine Versicherung leisten kann, muss in verständlicher Sprache erklärt werden. Auch das nötige Vertrauen gilt es erst aufzubauen. Die Corona-Pandemie hat diese persönlichen Kontakte allerdings reduziert. Zahlreiche Mikrofinanzorganisationen hatten etwa Schwierigkeiten,

Zahlungen einzusammeln und neue Kredite zu vergeben.

Zugleich bringt die Pandemie aber die Digitalisierung voran. Die stark gestiegene Verbreitung von Handys und mobilen Zahlungssystemen eröffnet ungeahnte Möglichkeiten. Laut dem internationalen Verband der Mobilfunkunternehmen GSMA gibt es inzwischen mehr als eine Milliarde registrierte mobile Geldkonten (Mobile Money Accounts), einen großen Teil davon in Ländern des globalen Südens. Im Schnitt sind 300 Millionen

davon mindestens einmal im Monat aktiv. Über solche Systeme lassen sich etwa Prämien- und Schadenszahlungen unkompliziert abwickeln. Darüber hinaus können Versicherer mobile Technologien dazu nutzen, Daten zu erheben oder Versicherte mit Informationen wie Wetterdaten, Preisen oder Katastrophenwarnungen zu versorgen.

WhatsApp-fähige Mikroversicherungen in Indien oder die Kombination von mobilen Geldbörsen mit Versicherungen in Kenia sind Beispiele dafür, wie Versicherungsanbieter mit etablierten Instrumenten den Massenmarkt erobern können. Auch die Popularität von

Krankenversicherungen (siehe Haupttext) ist maßgeblich auf die Digitalisierung zurückzuführen. Beispielsweise haben sich Telemedizin-Programme während der Pandemie als attraktiv erwiesen und den Zugang zu Gesundheitsleistungen verbessert.

Die Kehrseite der Digitalisierung ist, dass diejenigen zurückbleiben könnten, die keinen Zugang zu digitalen Lösungen haben – wie es bei Frauen in vielen Schwellenländern häufig der Fall ist. Daher ist immer eine Kombination aus digitalen und Offline-Lösungen in Betracht zu ziehen, um den Zugang zu Versicherungen zu erleichtern. DR

GEBÄUDESICHERHEIT

Vorprogrammierte Unfälle

Rasante Verstädterung, schlechte Infrastruktur und laxe Durchsetzung der Bauvorschriften sorgen dafür, dass in Nepal ein hohes Risiko für Gebäudebrände besteht. Staatliche Behörden sollten es mit den Sicherheitsvorschriften genauer nehmen.

Von Rukamane Maharjan

Nepals Gebäudesicherheitsgesetz wurde im August 2020 aktualisiert und konzentriert sich vor allem darauf, Bauwerke jeglicher Art erdbebensicher zu machen, was sehr wichtig ist. 2015 wurden bei einem Erdbeben der Stärke 7,6 nahe der Hauptstadt Kathmandu rund 9000 Menschen getötet und viele weitere verletzt. Laut Volcano Discovery, einer Website zur Aufzeichnung von Erdbeben, kam es im Land allein 2021 zu vier Beben der Stärke 5,0.

Es bestehen auch andere Risiken wie etwa Feuergefahren, denen Millionen von Nepalesen zu Hause, in Fabriken, Schulen, Kliniken und anderen Gebäuden ausgesetzt sind. Diese Risiken werden durch laxe Regulierung, mangelhafte Durchsetzung bestehender Vorschriften, unzureichende Gebietskontrollen und schlechte Infrastruktur verschärft.

„Obwohl Brände in Nepal enorme Auswirkungen haben, werden sie von unserer Politik und in unserem Katastrophenmanagement übersehen“, hieß es im März 2021 in einem Leitartikel der Himalayan Times. Die führende englischsprachige Zeitung Nepals schreibt weiter: „Keine einzige Gemeinde hat einen Plan für den Umgang mit Bränden, Brandschutz oder Notfällen.“

Feuer ist eine permanente Bedrohung. Regelmäßig gibt es dazu Schlagzeilen – dabei wird über viele Brände gar nicht berichtet. Bei Gebäudebränden sterben oft Menschen (siehe Kasten nächste Seite). So ist es in vielen Ländern, die von Armut und schnellem Städtewachstum geprägt sind.

Gründe der Brandgefahr in Nepal sind schnelle, ungeplante Verstädterung und rasantes Bevölkerungswachstum. Nepal zählt zu den Ländern Asiens, die am schnellsten verstädtern. Heute leben rund zwei Drittel

der Bevölkerung in Städten, wie vorläufige Zahlen einer Volkszählung 2021 besagen, und es werden stetig mehr, da immer mehr Menschen auf der Suche nach Jobs und einem leichterem Leben in die Städte ziehen.

Die städtische Infrastruktur kann mit dem Zustrom nicht Schritt halten. Oft sind die Straßen eng und marode und für Rettungsfahrzeuge kaum zugänglich. Weil erschwingliche und sichere Stadtwohnungen fehlen, leben viele Neankömmlinge in provisorischen Hütten. Diese Behausungen sind oft aus minderwertigem Material und haben keine Brandschutzvorrichtungen wie Rauchmelder, Feueralarm und Feuerlöscher. Slum-Brände können wie überall in Südasien verheerend sein.

Zugleich werden in Städten wie Kathmandu immer mehr Bürohochhäuser, Wohnhäuser und Einkaufszentren gebaut, die oft nicht den Sicherheitsvorschriften entsprechen. Auch sind die Städte nicht in getrennte Bereiche für Wohnhäuser, Kliniken, Schulen und Gewerbegebiete eingeteilt, was zusätzliche Sicherheitsrisiken birgt. So gibt es etwa mehr als 100 Zapf-

säulen in dicht besiedelten Wohngebieten – ohne angemessene Brandschutzvorkehrungen. Eine richtige Stadtplanung könnte Risiken kontrollierbar machen und die Lebensqualität der Menschen verbessern.

BAUVORSCHRIFTEN

Um einige Risiken zu mindern, hat die Regierung 1994 eine Bauordnung erlassen, die seitdem mehrmals aktualisiert wurde. Das ursprüngliche Gesetz enthielt Vorschriften für Gebäude mit bis zu drei Stockwerken. Später kamen Vorgaben auch für höhere Gebäude hinzu. Diese sollen unter anderem für mehr Sicherheit in Hochhäusern und in den Hunderttausenden von Stahlbetonhäusern sorgen, die in den vergangenen Jahrzehnten im ganzen Land gebaut wurden.

Eine Aktualisierung für Konstruktion aus dem Jahr 2015 schreibt unter anderem angemessene Notausgänge für gewerbliche Gebäude vor, zudem Feuermelder, Feuerlöscher und einen behindertengerechten Zugang. Gebäude mit mehr als fünf Etagen brauchen Feuerleitern ins Freie. Hinzu kommen örtliche Vorschriften mit Anforderungen wie maximaler Gebäudehöhe je nach Lage und einem Mindestverhältnis zwischen Grundfläche und Gebäudehöhe.

Formal sind die Regeln sinnvoll, aber praktisch bestehen die Gefahren fort. Als im Januar 2021 Menschen in einem brennen-



Slumbewohner, die 2014 durch einen Brand in Kathmandu obdachlos wurden.

den Hochhaus in Kathmandu eingeschlossen waren, ließen sich die Notausgänge nicht von außen öffnen, sondern nur von innen. Das Gebäude war erbaut worden, ehe die neue Vorschrift, dass sich Türen von beiden Seiten öffnen lassen müssen, in Kraft trat. Ältere Gebäude müssen aber nicht entsprechend nachgerüstet werden. Sehr wahrscheinlich entsprechen auch andere Wolkenkratzer in Kathmandu nicht den aktuellen Standards.

Formale Sicherheitsvorschriften können den Stadtbewohnern ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln. Sie wissen, dass es ein Genehmigungssystem gibt und Bauherren erst die Erlaubnis einer lokalen Behörde brauchen, ehe sie mit dem Bau beginnen können.

Seit dem Haushaltsjahr 2000/2001 brauchen sie zudem nach Abschluss des Baus eine Sicherheitsbescheinigung von dieser Behörde. Allerdings ist es nicht verboten, niedrige Stockwerke von Wohnhäu-

sern schon zu beziehen, während höhere noch gebaut werden. Das ist riskant, aber weithin üblich.

Leider werden Vorschriften oft ignoriert. Im August 2021 brach in einem Industriegebiet in Kathmandu ein riesiges Feuer aus, das erst nach mehr als zehn Stunden unter Kontrolle zu bringen war. Immobilien in Millionenhöhe wurden zerstört. Das warf Fragen zur Gebäudesicherheit auf. Berichten zufolge hielten einige Arbeiter die Verkabelung in einigen Gebäuden für defekt und die elektrischen Materialien für minderwertig, so dass die Gefahr von Kurzschlüssen bestand.

In Nepal ist es einfach, über politischen Einfluss oder Bestechungsgelder an Sicherheitszertifikate zu gelangen. Auch die Vorschriften lassen sich leicht umgehen. Es gibt Fälle von Bauunternehmern, die mit einer Genehmigung für ein zweieinhalbstöckiges Gebäude ungestraft ein fünfstöckiges Gebäude errichteten. Nepalesen

bauen ihre Häuser oft ohne Genehmigung. Ohne formelle Beschwerde können die örtlichen Behörden nicht gegen Bauunternehmer oder Eigentümer vorgehen. Solche Gebäude bleiben dann stehen – Unfälle sind oft programmiert.

Um solche Risiken zu mindern, sollten die Behörden auf nationaler, lokaler und Provinzebene mit Kampagnen für Sicherheit sensibilisieren, und auch Bauherren, Eigentümer und Anwohner einbeziehen. Die Behörden täten gut daran, die bestehenden Bauvorschriften zu verschärfen, durchzusetzen und die Infrastruktur zu verbessern, damit sich Brände schnell löschen lassen. So können Schäden verhindert und Leben gerettet werden.



RUKAMANEE MAHARJAN
ist Juradozentin an der
Tribhuvan-Universität in
Kathmandu.
rukumaharjan@gmail.com

In Rauch aufgegangen

Trotz formeller Sicherheitsvorgaben in den Bauvorschriften des Landes bleibt die Brandgefahr in Nepal hoch. Im Finanzjahr 2020/2021 starben laut Innenministerium 99 Menschen, und 342 erlitten Verletzungen bei fast 2700 Bränden. Tatsächlich waren es sicherlich mehr, da viele Fälle nicht gemeldet oder erfasst werden. Brandgefahren gibt es überall – in modernen städtischen Hochhäusern wie in Hütten auf dem Land (siehe Hauptartikel).



Direkte Brandursachen sind oft Kurzschlüsse, unsachgemäßer Einsatz von Öllampen oder Kerzen, falsch entsorgte Zigarettensammel und austretendes Gas. Tatsächliche Todesursache ist jedoch oft ein mangelhaftes Alarmsystem oder die Tatsache, dass Rettungsfahrzeuge nicht rechtzeitig anrücken können.

Im Februar 2022 starben vier Kinder und ein Erwachsener bei einem Hausbrand in einer der digital vernetzten „Smart Cities“ Nepals. Das Feuer brach in einem Schuhgeschäft im Erdgeschoss aus; es gab keinen Alarm, der die Menschen in den oberen Stockwerken hätte warnen können. Die Opfer im dritten und vierten Stock erstickten im Schlaf, ehe Hilfe kam.

Oft fehlen – obwohl gesetzlich vorgeschrieben – grundlegende Sicherheitsvor-

kehrungen wie Feuermelder und Feuerlöscher. Im Januar 2019 erlitten ein Ehepaar und sein Kind schwere Verbrennungen, als ihre Wohnung Feuer fing. Es gab keinen Alarm, und niemand hörte ihre Hilferufe. Als die Rettungsfahrzeuge kamen, war es zu spät.

Ist ein Feuer erst einmal ausgebrochen, lässt es sich we-

gen des Baumaterials oft kaum löschen. Viele Häuser in Nepal sind aus Holz und anderen brennbaren Stoffen gebaut. Drastischer wird es, wenn Löschfahrzeuge kaum durch schlechte Straßen kommen oder Ausrüstung fehlt. Nicht alle Städte und Gemeinden haben angemessene Feuerwehren oder sind ans Straßennetz angeschlossen. RM



Feuerwehrleute bei einer brennenden Keksfabrik im August 2021.



Swimmingpool einer gut geschützten Wohnanlage in São Paulo.

GATED COMMUNITIES

Sicherheit hinter Mauern

Angesichts von Kriminalität und Gewalt leben Brasilianer, die es sich leisten können, in geschlossenen und bewachten Wohnkomplexen. Es sind Oasen der Sicherheit – sie ändern aber nichts an den anhaltenden Gewaltverbrechen im Land.

Von **Thuany Rodrigues**

Giulia Beatriz, ein 25-jähriges Model, hat in Rio de Janeiro einen unsanften Start erlebt. Sie war wegen eines Jobs in der Stadt. Doch kaum angekommen, wurde sie am Strand von Copacabana von zwei Kriminellen angegriffen, die ihr ihre goldene Halskette entrissen und flüchteten. Erschüttert von dem Vorfall, zog sie zurück in ihre Heimat im Bundesstaat São Paulo.

„Heute lebe ich in einer bewachten Wohnsiedlung mit Sicherheitspersonal und Kameras zur Überwachung meines Hauses“, sagt sie. „Ich fahre ein gepanzertes Auto, weil ich mich auch in meinem Bundesstaat nicht sicher fühle.“ Überfälle auf der Straße seien in Rio wahrscheinlicher, sagt sie. In São Paulo gebe es dagegen viele Einbrüche. In beiden Ballungsräumen investieren Privatleute viel in den Schutz ihrer Häuser. Wohlhabende Brasilianer schützen sie in der Regel durch hohe Mauern, bewaffne-

tes Wachpersonal und Sicherheitskameras. Umzäunte Hochhaussiedlungen lassen sich dabei leichter sichern als einzelne Häuser.

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sich in brasilianischen Städten immer mehr Gated Communities etabliert – scharf bewachte Wohnsiedlungen mit strikten Eingangskontrollen. Grund dafür ist die hohe Kriminalitätsrate. Laut World Population Review, einer Online-Plattform zu Bevölkerungsdaten, gab es 2020 in Brasilien 23,6 Tötungsdelikte pro 100 000 Einwohner. Das Land hat die siebthöchste Kriminalitätsrate der Welt, und organisierte Kriminalität ist ein wachsendes Problem. Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Banden sind weit verbreitet, genau wie Drogenhandel, Korruption und häusliche Gewalt.

Die Welle der Kriminalität bricht nicht ab. Laut dem Brazilian Yearbook of Public Security ist die Zahl der Tötungsdelikte 2020 gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent gestiegen. Mehr als 50 000 Menschen wurden umgebracht, in 78 Prozent der Fälle waren Schusswaffen im Spiel. Weitere 6 400 Menschen wurden von der Polizei getötet.

Gewaltverbrechen befeuern die Nachfrage nach bewachten Wohnanlagen. Laut dem Brazilian Institute of Geography

and Statistics (IBGE) leben von den rund 57,3 Millionen brasilianischen Haushalten mehr als eine Million in Wohneinheiten in mehrstöckigen Wohnkomplexen. In der Regel sind das Eigentumswohnungen. Etwa 6 Millionen Haushalte, in der Regel Mieter, leben in ungesicherten Wohnungen, die nicht von der Außenwelt abgeschirmt sind.

Bewachte Wohnungen haben auch deshalb Konjunktur, weil die Qualität des städtischen Lebens sinkt. Öffentliche Dienstleistungen sind in der Regel schwach, und die Infrastruktur verfällt, etwa Straßen oder Parks. Hinzu kommen erhebliche Verschmutzung und Lärmbelastung. Besonders schlimm ist es in den „Favelas“, den überfüllten Armenvierteln (siehe meinen Aufsatz in E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2021/01).

INSELN DER RUHE

Im Kontrast zur Außenwelt sind die Gated Communities Inseln der Ruhe und Ordnung. Die Sicherheitsmaßnahmen sind enorm. An den Eingangstoren sitzen in der Regel bewaffnete Wachen. Die Wohnanlagen werden rund um die Uhr von computergesteuerten Sicherheitssystemen überwacht. Die Bewohner innerhalb der Mauern haben Zugang zu Schwimmbädern, Fitnessstudios, Kinos, Spielplätzen, Internetcafés, Speiseräumen und Bereichen für Haustiere. Einige verfügen sogar über Geschäfte, Fußballplätze oder Golfplätze. Draußen gehört dagegen Furcht vor Gewalt zum Alltag.

Tausende Brasilianer gehen jeden Morgen mit der Angst zur Arbeit, Opfer eines Verbrechens zu werden. Selbst einige Brasilianer, die in Gated Communities leben, erwägen auszuwandern (siehe Kasten unten). Für die meisten Menschen ist das Leben in den Städten geprägt von ständiger Unsicherheit. Wo staatliche Behörden es seit Langem nicht schaffen, Recht und Gesetz durchzusetzen, hat sich eine Kultur der Gewalt etabliert.

Junge Menschen sind besonders gefährdet: 51 Prozent der Tötungsdelikte in Brasilien im Jahr 2019 betrafen Opfer im Alter von 15 bis 29 Jahren. Im Schnitt wurden täglich 64 junge Menschen in Brasilien getötet, wie es im „Atlas da Violência“ (Atlas der Gewalt) heißt, herausgegeben vom Institute for Applied Economic Research (IPEA), einer Denkfabrik der Regierung. Mehr als 23 300 junge Menschen verloren 2019 ihr Leben.

Tatsächlich ist Gewalt die häufigste Todesursache für junge Menschen in Brasilien. Im Jahr 2019 waren 39 von 100 Todesfällen bei 15- bis 19-Jährigen auf Gewalt

zurückzuführen, ähnlich wie bei den 20- bis 24-Jährigen (38 von 100). Bei den 25- bis 29-Jährigen lag die Zahl niedriger (25 von 100).

Die Kultur der Gewalt wird verstärkt durch eine Kultur der Straflosigkeit. Selbst offensichtliche Verbrechen, begangen am helllichten Tag, ziehen offenbar keine Strafe nach sich. So wurde im November 2021 in Recife im Nordosten Brasiliens ein junger Student erschossen, der dem Opfer eines Handydiebstahls helfen wollte. Und Kathleen Romeu war schwanger, als sie im Juni 2021 in Rio de Janeiro durch eine Kugel ums Leben kam. Die 24-Jährige war auf offener Straße ins Kreuzfeuer zwischen Polizei und Kriminellen geraten.

Angesichts der Statistiken über Morde, Raubüberfälle und andere Gewaltverbrechen ist es kein Wunder, dass die Bewohner der Städte in Angst leben. Laut dem Global Peace Index, herausgegeben vom Institute for Economics & Peace, hatten Brasilianerinnen und Brasilianer 2021 die weltweit höchste Stufe an Angst vor Gewalt. Anhaltende Bandenkriege, die leichte



Verfügbarkeit von Waffen und eine geringe Strafverfolgung führen dazu, dass sich immer mehr von ihnen zurückziehen – hinter die Mauern ihrer Wohnanlagen, in ein bewachtes Leben.



THUANY RODRIGUES
ist Journalistin in Rio de Janeiro.

thuanyrodrigues@gmail.com

Straßenkriminalität in Europa und Brasilien

Deborah Delbue ist eine junge Brasilianerin, die in Hamburg promoviert. „Ich fühle mich in Deutschland sicher“, sagt sie. „Als ich hier ankam, fand ich es seltsam, Gebäude ohne Wachpersonal und hohe Mauern zu sehen.“ Sie war überrascht, dass einige Balkone fast auf Straßenniveau liegen. In ihrer Heimatstadt sähe das aus wie eine Einladung für Einbrecher.

Delbue kommt aus São Gonçalo im Bundesstaat Rio de Janeiro, sie lebte dort in einer Gated Community (siehe Hauptartikel). In ihren Augen ist Hamburg grundsätzlich deutlich sicherer, wenn auch nicht frei von Kriminalität. In die Wohnung eines Freundes

sei eingebrochen worden, berichtet Delbue. „Solche Vorfälle sind vergleichsweise selten“, fügt sie hinzu, „und persönliche Angriffe sind noch seltener.“ Ihrer Erfahrung nach betrifft die Kriminalität in Hamburg vor allem den Besitz der Menschen, ohne dass Leib und Leben bedroht werden.

In Brasilien haben die Menschen sich an das Risiko von Gewaltverbrechen gewöhnt. In Europa ist die Lage besser, wie die Expats aus eigener Erfahrung wissen. Einer von ihnen, der Luis genannt werden möchte, zog nach London. „Das erste Mal, dass mir der Unterschied wirklich auffiel, war drei Wochen nach

meiner Ankunft hier“, sagt er. „Ich ging mit einem Freund in einen Club und fuhr um 3 Uhr morgens allein mit dem Bus nach Hause. Ich war nervös und schaute mich um, aber es passierte nichts.“

Inzwischen ist er es gewohnt, nachts mit Kopfhörern durch London zu laufen und auf sein Handy zu schauen. „In Rio de Janeiro würde ich das nie tun“, sagt er. „Man muss immer auf der Hut sein.“ In England dagegen macht er sich keine Sorgen, an einer Straßenecke ausgeraubt oder in eine Schießerei zwischen Banden verwickelt zu werden.

Auch Europäer in Brasilien merken den Unterschied. „Auf den Straßen von Rio darf man nichts Wertvolles mit sich führen, und schon gar nicht sollte man jemandem seine Wertsachen zeigen“, sagt Bruno Costas, ein Deutscher, der

vor zehn Jahren nach Brasilien kam. „Hier gibt es keine Polizeipräsenz, und so sterben unschuldige Menschen.“ Seiner Erfahrung nach sind Raubüberfälle und Tötungsdelikte in deutschen Städten viel seltener, sodass sich die Menschen dort viel weniger Sorgen machen.

Costas wohnt in einer Favela, einem jener Armenviertel, die Wohlhabende für kriminell halten, deren Bewohner aber oft den Zusammenhalt der Gemeinschaft schätzen (siehe meinen Aufsatz in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2021/01). Der deutsche Auswanderer fühlt sich dort sicher: „Ich glaube, dass ich innerhalb meiner Favela mehr Sicherheit habe als außerhalb, denn die Bewohner kennen sich.“ Er weiß, dass in Rio viele Menschen Waffen haben – und viele von ihnen keine Polizisten sind.

SOZIALPOLITIK

Nötige Katastrophenvorsorge

Soziale Sicherung ist ein Menschenrecht. Ländern mit geringen Einkommen fehlen aber häufig die Mittel für leistungsstarke Sicherungssysteme. Gut wäre laut Weltrisikobericht ein globaler Fonds.

Von Monika Hellstern

Extreme Naturereignisse wie Erdbeben, Stürme, Überschwemmungen oder Seuchen wie die Covid-19-Pandemie bringen weltweit viele Menschen in Existenznöte. Zu Katastrophen werden diese Ereignisse in Ländern, die keine Möglichkeiten haben, diese zu bewältigen oder abzumildern.

Soziale Sicherungssysteme können Katastrophenfolgen abmildern und die Resilienz der Menschen stärken, betonen die Autorinnen und Autoren des aktuellen Weltrisikoberichts (siehe dazu auch Maren Suchta-Platzmann und Amédé Schmitz auf www.dandc.eu). Er wird jährlich vom zivilgesellschaftlichen „Bündnis Entwicklung Hilft“ herausgegeben, einem Zusammenschluss von mehreren Hilfswerken, darunter Brot für die Welt und Misereor.

53 Prozent der Weltbevölkerung sind laut der internationalen Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) nicht ausreichend sozial abgesichert. Menschen können sich gegenseitig gegen Risiken absichern, Versicherungen verteilen die Risiken auf viele Versicherungsnehmer (siehe Dirk Reinhard auf S. 26), oder der Staat sorgt für die soziale Absicherung seiner Bürger (siehe Markus Loewe auf S. 22). Zu den formellen Leistungen zählen Sozialhilfe, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen, Arbeitsmarkt-Interventionen und soziale Versorgungsdienste. Diese Leistungen sind aber kostenintensiv, und vielen Ländern fehlt dafür das Geld.

Deshalb sind laut Weltrisikobericht in Ländern mit niedrigem Einkommen private Versicherungen und informelle Leistungen besonders wichtig. Die Familie, Nachbarn oder religiöse Gemeinschaften helfen sich im Notfall. Beispiele sind dörfliche Getreidebanken, Rücküberweisungen aus dem Ausland oder Kredit- und Spargruppen.

MENSCHENRECHT

Seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 gilt soziale Sicherung als Menschenrecht. Dieser rechtebasierte Ansatz sieht Staaten gegenüber Bürgerinnen und Bürgern in der Pflicht, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Das Recht wurde später in internationalen Konventionen konkretisiert. Als zentrales Dokument gelten die 2012 von den UN vorgestellten Empfehlungen und Leitlinien für den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, entwickelt aus der 2009 gegründeten Social Protection Floor Initiative. Sie sind auch in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verankert.

Staaten, die den Leitlinien folgen, unterwerfen sich einer Selbstverpflichtung. Sie besteht aus zwei Komponenten: sozialem Basisschutz und darauf aufbauenden, weitergehenden Sicherungsmaßnahmen. Zum Basisschutz gehören der Zugang zu medi-

zinischer Grundversorgung und ein Mindestmaß an Einkommenssicherung für alle Einwohner. In der konkreten Ausgestaltung haben Staaten viel Spielraum.

Krisen und Katastrophen setzen Sicherungssysteme unter Druck. Das hat die Covid-19-Pandemie gezeigt und große Ungleichheiten der Systeme weltweit offengelegt. Laut dem Bericht erhalten nur 20 Prozent der Weltbevölkerung, vor allem in Ländern mit mittlerem oder hohem Einkommen, pandemiebedingt neue oder angepasste Leistungen.

Im Katastrophenfall müssen bestehende Systeme kurzfristig ausgebaut werden, da meist keine Zeit für den Aufbau neuer Systeme bleibt. Dazu können entweder weitere Begünstigte in die Leistungen einbezogen (horizontale Expansion) oder die Leistungen erhöht oder verlängert werden (vertikale Expansion). Als Beispiel nennen die Autoren Argentinien. Dort wurden zur Linderung der Pandemiefolgen das Arbeitslosengeld um 50 Prozent erhöht (vertikal) und ein Bargeldtransferprogramm mit zwei Pauschalzahlungen in Höhe von 142 US-Dollar eingeführt, um auch den informellen Sektor zu erreichen (horizontal).

Ein Problem, so der Bericht, ist, dass die Leistungen häufig nicht die Personen



Risikovorsorge: Saatenbank im südindischen Bundesstaat Karnataka.

Foto: SB

erreichen, die auf sie angewiesen sind. Den Betroffenen fehlen oft Identitätsnachweise, sie sind sozial stigmatisiert, oder sie stoßen auf Kommunikationsbarrieren. Neben einer quantitativen Ausweitung brauche es daher auch qualitative Verbesserungen. Leistungen müssten zielgruppengerecht sein und Barrieren abgebaut werden.

Der Weltrisikobericht warnt aber auch, dass Staaten beim Erfassen der Leistungsbezieher auch personenbezogene Daten erheben, die zum Schaden der Personen missbraucht werden können. Bürger sollten deshalb auch kritisch auf die sozialen Programme blicken sowie informelle, gemeindefaserte Sicherungssysteme als Alternative in Betracht ziehen.

Die Autorinnen und Autoren plädieren dafür, Klimaschutz und soziale Sicherung zu verbinden. Wiederaufbaumaßnahmen nach der Covid-19-Pandemie könnten beispielsweise grüne Investitionen oder Umschulungen von Arbeiterinnen und Arbeitern für sauberere Industrien fördern.

GLOBALER FONDS

Länder mit niedrigem Einkommen sind einem überproportional hohen Katastrophenrisiko ausgesetzt (siehe Kasten). Katastrophen können dort eine Negativspirale in

Gang setzen, sodass sich bestehende Armut und Ungleichheit verschärfen und die Resilienz weiter geschwächt wird. Der Weltrisikobericht plädiert dafür, dass im Rahmen internationaler Kooperation für diese Länder ein „globaler Fonds für soziale Sicherheit“ eingerichtet werden soll.

Der Fonds würde den Aufbau des Basisschutzes beratend und vorübergehend auch finanziell unterstützen. In Krisensituationen könnte er zudem helfen, kurzfristige finanzielle Engpässe zu überbrücken, um den Basisschutz nicht einbrechen zu lassen. Langfristig sollen Staaten dazu befähigt werden, soziale Sicherung aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Soziale Sicherungssysteme müssten laut Weltrisikobericht fünf Anforderungen erfüllen. Sie sollten:

- ganzheitlich gestaltet werden und rechthebasiert sein,
- fair sein und soziale Benachteiligung ausgleichen,
- flexibel und anpassbar sein,
- weltweit verfügbar, angemessen, zugänglich und bezahlbar sein,
- in Katastrophenprävention sowie Klimaschutz und -anpassung einbezogen werden.

Die Autoren schlagen vor, eine internationale Institution zur Verwaltung des

Fonds zu gründen. Sie soll sich an den Prinzipien Eigenverantwortung, Inklusivität und Rechenschaftspflicht der Aid-Effectiveness-Agenda orientieren. Aid Effectiveness bedeutet, die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik durch effektivere Zusammenarbeit zu verbessern. Zur Finanzierung könnten Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA – official development assistance) herangezogen werden.

Studien haben laut Weltrisikobericht gezeigt, dass Instrumente der sozialen Sicherung effektiv zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden können. Allerdings würden derzeit nur 0,4 Prozent der ODA-Ausgaben darauf verwendet. Weil soziale Sicherungssysteme als Vorsorge gegen klimabedingte Katastrophen wichtig sind, könnten auch Mittel der Klimafinanzierung herangezogen werden.

LINK

Bündnis Entwicklung Hilft, 2021: WeltRisikoBericht 2021.

<https://weltrisikobericht.de/download/2514/>



MONIKA HELLSTERN
studiert Internationale Beziehungen und arbeitet als freie Autorin.
euz.editor@dandc.eu

Besonders gefährdet

Der jährlich vom zivilgesellschaftlichen „Bündnis Entwicklung Hilft“ herausgegebene Weltrisikobericht ermittelt den „Weltrisikoindex“ für 181 Länder (rund 99 Prozent der Weltbevölkerung). Er zeigt, wie gefährdet ein Land ist, eine Katastrophe durch extreme Naturereignisse zu erleiden. Dies errechnen die Experten anhand von verschiedenen Faktoren, die sie aus öffentlichen Datenquellen gewinnen.

Ein Faktor ist die Exposition. Diese sagt aus, wie sehr die Bevölkerung eines Landes dem Risiko von Naturereignis-

sen wie Erdbeben, Stürmen, Überschwemmungen, Dürren und dem Meeresspiegelanstieg ausgesetzt ist. Ein anderer Faktor, die Vulnerabilität, erfasst gesellschaftliche Risikofaktoren:

- Wie anfällig ist ein Land für Schäden, bedingt durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- Welche Kapazitäten fehlen, um negative Auswirkungen von Naturgefahren und Klimawandel eindämmen zu können;
- Welche Kapazitäten fehlen, um präventive Maßnah-

men für die Zukunft zu ergreifen.

Das Katastrophenrisiko hängt also nicht nur vom Auftreten extremer Naturereignisse ab, sondern auch von den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Länder können ihr Risiko durch Vorsorgemaßnahmen und Stärkung ihrer Resilienz senken, soziale Sicherung gehört dazu (siehe Haupttext).

2021 waren im Weltrisikobericht unter den 15 Ländern mit dem weltweit höchsten Katastrophenrisiko zehn Inselstaaten. Deren Lebensgrundlage ist zunehmend vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Vanuatu, die Salomonen und Tonga führten dabei

die Liste an. Im Vergleich der Kontinente hat Ozeanien das höchste Katastrophenrisiko. Europa hat das niedrigste Risiko und schneidet in allen Komponenten am günstigsten ab.

Die gesellschaftliche Vulnerabilität ist in Afrika am höchsten. Dort liegen auch einige der Länder mit den niedrigsten Einkommen, die in der Regel anfälliger für Schäden sind und geringere Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten haben. Am gefährdetsten ist die Zentralafrikanische Republik, gefolgt vom Tschad und der Demokratischen Republik Kongo – drei Länder, die von fragiler Staatlichkeit betroffen sind. MH



Foto: picture-alliance/AP Photo/Sunday Alamba